

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

**Mit den Gratisbeilagen:**  
 „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“,  
 „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

## Schafft eine einheitliche Gewerkschafts-Internationale!

### Der Aufruf des englisch-russischen Einheits-Komitees

(Eig. Drahtf.) Berlin, 29. September

Der Aufruf des englisch-russischen Einheits-Komitees ist bereits telegraphisch im Auszug verbreitet worden. Bei der Wichtigkeit dieses von Tomsky und Bramley verfaßten Dokumentes geben wir im folgenden die Hauptstellen wörtlich wieder. Der Aufruf lautet:

„Alle Tatsachen und Gründe, die im letzten April die internationale Gewerkschaftseinheit zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten, bestehen weiter und nehmen an Wichtigkeit zu. Die wirtschaftliche Lage, die durch den Dawesplan in den meisten Ländern verschlechtert wurde, ist seit Beginn dieses Jahres noch ärgerlicher geworden. Die Arbeitslosigkeit nimmt im Weltmaßstab ständig zu. Sie greift die Unternehmertums auf die Arbeitszeit und Löhne der Arbeiter werden immer schärfer und bestimmter. Parallel mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Reaktion wird auch die politische Lage immer mehr von reaktionären und den Arbeiterinteressen feindlichen Tendenzen beherrscht. In den einzelnen Teilen Europas nehmen die reaktionären Kapitalistengruppen immer mehr an Macht zu und beeinflussen immer mehr die Politik der Staaten. Die Kriegsgefahr rückt immer näher.“

Die englisch-russische Konferenz hat im letzten April die Lage in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Es sieht bereits so aus, als ob ein neuer Krieg noch gefährlicher, noch ungeheurer als der letzte vorbereitet wird.“

Diese Worte haben immer noch vollkommene Geltung. In Marokko, in Syrien und China dünnern bereits die Kanonen und zeigen die Berechtigung dieser Vorhersage. Man führt Krieg gegen die Rifkabylen in Marokko und gegen die Araber in Syrien; zur selben Zeit werden die chinesischen Arbeiter und Bauern, die sich gegen Ausbeutung und Gewalttätigkeit auflehnen, mit bewaffneter Macht niedergeschlagen. Dies zeigt allen Arbeitern der Welt, wie unaufrichtig die Friedensbetreibungen der kapitalistischen Staatsmänner sind.

Der Garantiepakt legt Deutschland die Verpflichtung auf, militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Staaten anzuwenden, die sich dem Völkerbund nicht fügen wollen. Der Zweck ist dabei, Deutschland in ein militärisches Bündnis gegen Sowjetrußland hineinzuweisen. So soll Deutschland eine ständige Bedrohung für Sowjetrußland werden und es soll die strategische Basis für einen kommenden Angriff gegen die Sowjetrepublik werden.

Die Aufrichtung einer die ganze Welt umfassenden Gewerkschaftsinternationale ist deshalb nötiger geworden denn je. Die aktive Sympathie, die durch die Schöpfung des vereinigten englisch-russischen Gewerkschaftsrats unter den Arbeitern aller Länder geweckt wurde, ist ein unzweideutiger Beweis der Richtigkeit der Linie, die von der englisch-russischen Konferenz festgelegt wurde, von der Richtigkeit der praktischen Vorschläge, die auf dieser Konferenz gemacht wurden. Die Sache der Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Maßstab wird unbedingt sich erfolgreich durchsetzen. Der gemeinsame Gewerkschaftsrat, der ins Leben trat durch den leidenschaftlichen Willen zur Einheit von über 11 Millionen englischer und russischer Arbeiter, appelliert an die Arbeiter aller Länder, an ihre Organisationen und Führer, ihre Kräfte mit denen der englischen und russischen Gewerkschaften zu vereinigen, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstehen, und um eine einheitliche, die ganze Welt umfassende Gewerkschaftsvereinigung zustande zu bringen.“

### Frankreich gegen alle „Vorbehalte“

(Eig. Drahtf.) Paris, 28. September.

Die deutschen Botschafter in Paris und London hatten bei Überreichung der deutschen Antwortnote mündliche Erklärungen abgegeben, die sich auf die Räumung der Kölner Zone und die sogenannte Kriegsschuldfrage bezogen. Die französische Regierung gibt heute ihre Stellungnahme bekannt und erklärt, daß ein neues Kriegsschuldbeskntnis beim Eintritt in den Völkerbund nicht nötig sei, daß aber im übrigen der Artikel 231 des Versailler Vertrages voll und ganz bestehen bleibe. Zur Räumung der Kölner Zone wird erklärt,

daß diese Frage mit der Unterzeichnung eines Garantiepaktes ganz und gar nichts zu tun habe. Die Räumung des Kölner Gebiets könne gelegentlich der Unterzeichnung des Garantiepaktes nur dann erfolgen, wenn Deutschland die Abrüstungsklausel erfüllt habe.

### Die Erwerbslosigkeit steigt! In 14 Tagen um 9 Prozent!

(Eig. Drahtf.) Berlin, 29. September.

Nach Mitteilung des halbamtlichen Weissen Telegaphenbüros ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge in der Zeit von Anfang bis Mitte September von 231 000 auf 251 000, d. h. um rund 9 Prozent gestiegen! Die amtlich erfaßten Erwerbslosen sind natürlich nur ein Bruchteil der wirklich vorhandenen. Immerhin zeigt die Steigerung um fast 10 Prozent, mit welcher Riesenschritten sich die Lage der deutschen Arbeiterschaft verschlechtert.

### Die österreichische Regierung fürchtet die Wahrheit über Rußland

(Eig. Drahtf.) Wien, 29. September.

Der von der Kruppbelegschaft nach Sowjetrußland gelandete sozialdemokratische Delegierte Oberhagen sollte gestern in öffentlicher Versammlung im Wiener Rathaus sprechen. In Massen strömten die Arbeiter zu der Versammlung. Mit großer Empörung mußten sie aber erfahren, daß der Delegierte Oberhagen an der Grenze von der österreichischen Polizei angehalten und ihm die Einreise verweigert wurde.

### Vom Tage

Die Kriegspaktkonferenz wird nunmehr bestimmt am 5. Oktober in Locarno beginnen.

Nach dem vom Arestenrat festgestellten Arbeitsplan für den Breuschischen Landtag wird dieser nach dem Haushalt des Innenministeriums noch beraten; den Haushalt der Justiz, der Bergbauverwaltung, des Staatsministeriums, den Kultushaushalt und die beiden Finanzetats.

Genosse Lichtner gab in Warschau ein Interview, in dem er erklärte, daß Rußland in der Kriegspaktkonferenz den letzten Akt einer Umkreisung und Isolierung Sowjetrußlands erblickt.

Die französischen Kohlenarbeiter aus dem Bezirk Pas de Calais fordern eine Teuerungszulage von 40 Prozent, worüber sie mit dem Arbeitsminister verhandeln.

Marshall Douchet, einer der Hauptverantwortlichen für den Marokkokrieg ist zurückgetreten. Die Nachrichten vom französischen und spanischen Kriegsschauplatz sind unbestimmt.

Die österreichischen Staatsbeamten fordern eine zwanzigprozentige Gehaltserhöhung und lassen durch ihre Spitzenorganisationen erklären, daß sie zu ihrer Durchsetzung zum Streik entschlossen sind.

Die Verhaftungen in Ungarn gehen weiter. Auf Grund angeblicher erprehter „Geständnisse“ wird ein Komplotz gegen die ungarische Regierung konstruiert.

In Teheran (Persien) fanden mit englischem Geld bezahlte Kundgebungen vor der Sowjetgesandtschaft statt.

In Shanghai sind die chinesischen Telegraphenbeamten in den Streik getreten.

### Unsere Presse!

(Einige Tatsachen zum Nachdenken für Leser und Genossen)

Die Pressewettbewerb, die am nächsten Sonntag beginnt, hat eine besonders große Bedeutung, da sie die Durchführung der internationalen Pressekampagne für Schlesien ist. Um unsere Leser und Genossen auf die Wichtigkeit einer intensiven und gesteigerten Unterstützung einzustellen, wollen wir sie im folgenden noch einmal auf die ungeheure Rolle der kommunistischen Zeitung im Kampf der westeuropäischen Arbeiterschaft hinweisen.

Die teilweise Stabilisierung des westeuropäischen Kapitalismus hat die Bourgeoisie politisch zweifelsohne gestärkt, ihre Widersprüche äußerlich geschwächt und ein wenn auch noch beständiges politisches Gleichgewicht herbeigeführt. Wir leben heute keine unmittelbar revolutionäre Situation in Europa; es ist die Periode einer eigenartigen Stille eingetreten, aber diese Stille ist eine unheilvollende, drohende Stille, eine Stille vor dem Sturm. Die herannahende Katastrophe zeigt sich durch solche historische Vorspiele an, wie die Ereignisse in Marokko, in Syrien und an den Ufern des Stillen Ozeans.

Die heutige Periode ist für die Bourgeoisie zweifelsohne günstiger als die ersten Jahre nach dem Versailler Frieden. In einer Reihe von europäischen Ländern ist die Bourgeoisie politisch und wirtschaftlich bedeutend gewachsen. Sie hat eine historische Atempause gewonnen und versucht, diese Atempause selbstverständlich in jeder Weise auszunutzen, um die Kommunisten zu vernichten und ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu befestigen. Die Bourgeoisie sieht sehr genau die Unfestigkeit der gegenwärtigen Stabilisierung. Sie sieht auch die Unvermeidlichkeit eines baldigen revolutionären Angriffes des Proletariats und bereitet sich eifrig zum Kampfe vor.

Die Bourgeoisie ist historisch zum Untergang verurteilt. Es wäre aber ganz unrichtig, anzunehmen, daß wenn die historische Rolle der Bourgeoisie ausgespielt ist, das Proletariat ohne Mühe und ohne Kämpfe die Erbschaft in der Staatsmacht antreten kann. Die kommunistischen Parteien müssen ihre Reihen hochschichtlich umgruppieren, sie müssen vor allem die führenden Kadern der Partei politisch schulen, hochschichtlich, leninistisch (das ist ein und dasselbe) durchbilden, da ohne politische Schulung, durchgebildeten, von einem Ziel, von einheitlicher Bestrebungen geleitet die Schaffung einer starken, revolutionären, kampffähigen proletarischen Partei undenkbar ist. Das ist die wichtigste, die grundlegende Aufgabe.

In dieser Arbeit kommt unserer kommunistischen Presse eine hervorragende, politische und organisatorische Rolle zu. Die Presse ist eine der mächtigsten Waffen des proletarischen Klassenkampfes. Die Presse ist die Tribüne, von der aus die Partei täglich zu ihren Mitgliedern und durch sie zur ganzen, die Partei umgebenden Masse spricht. Die Presse ist aber nicht nur eine Tribüne, sondern sie ist nach den Worten Lenins ein kollektiver Organisator. Durch die Presse, um die Presse wird die Partei ihre Anhänger, sammelt, vereinigt sie, bereitet sie zur gesellschaftlich-politischen Arbeit vor und zieht immer neue Schichten in die Armee des kämpfenden Proletariats herein. Deshalb hat Lenin die Presse vor allem als kollektiven Organisator betrachtet.

Die Presse ist besonders wichtig in der Tätigkeit der westeuropäischen kommunistischen Parteien, da die wichtigsten organisatorischen und politischen Probleme unserer westeuropäischen Bruderparteien in der Schaffung einer wirklich kommunistischen Massenpartei bestehen, die engverbunden ist mit den Fabriken, Werkstätten, Bergwerken, mit der Armee und mit den ärmeren Schichten der Bauernschaft. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden. Dennoch müssen wir sie um jeden Preis erfüllen. Das ist eine unbedingte Voraussetzung der revolutionären Vorbereitung des westeuropäischen Proletariats zu den bevorstehenden Kämpfen.

Das wichtigste Mittel dieser politischen Arbeit muß die Presse sein. Damit aber die Presse fähig ist, eine solche ge-

# Heraus zur Hoelz-Protest-Versammlung!

Hente abend 7.30 Uhr in den Zentral-Hallsälen



Wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, muß sie auch auf das notwendige politische Niveau erhöht werden. Man muß alle führenden Funktionäre der Partei zur ständigen Mitarbeit an den führenden kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften heranziehen und durch ein breites Netz von Arbeiterkorrespondenten mit den proletarischen Massen verbinden.

Eine Zeitung, die diesen Bedingungen entspricht, wird sich in eine glänzende politische Waffe der Partei, in einen folgerichtigen Organismus der fortgeschrittenen Schichten des Proletariats verwandeln. Eine solche Zeitung wird in hunderttausenden, Millionen, Hunderttausenden von Arbeitenden hinter sich herzuführen.

#### IV.

Die kommunistische Presse entwickelt sich unter ungeheurer (schwerer) Verhältnisse. Alle Kräfte der alten kapitalistischen Welt, von den Monarchisten und Faschisten bis zu den Sozialdemokraten, haben wie eine feste Mauer gegen die kommunistische Presse und bekämpfen gemeinsam die revolutionären Schichten des Proletariats. Unsere Presse befindet sich stets unter dem Damokles-Schwert der bürgerlichen Polizei. Die Bourgeoisie, die über die Druckereien, Papierfabriken und über andere Geldmittel verfügt, sichert faktisch für sich das Monopol der Presse, nützt diesen Vorteil aus, führt in verschiedener Weise wirtschaftliche Boykotts gegen die kommunistische Presse durch, beraubt sie ihrer Druckereien, gibt ihr kein Papier, untergräbt sie materiell.

Dennoch wächst die kommunistische Presse. Sie entwickelt sich qualitativ und gewinnt immer neue und neue Millionen Abonnenten. Nur die kommunistische Presse ist eine wirkliche Arbeiterpresse. Die Presse der Parteien der II. Internationale ist ein Sprachrohr der Bourgeoisie. Die kommunistische Presse ist die einzige revolutionäre Presse, die den Bedingungen von Marx und Lenin treu bleibt.

Am Internationalen Pressetag müssen alle Kräfte der kommunistischen Internationale mobilisiert werden zum Ausbau der Parteipresse, zur Erhöhung der Abonnentenzahl und der Zahl der Arbeiterkorrespondenten. Durch den Ausbau unserer Presse erleichtern wir den Kampf um die Zukunft des Proletariats.

### Rein Zusammentritt des Reichstags

Im Vorkommnis des Reichstags beantragten die Kommunisten den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für Dienstag, den 29. September. Sie forderten, daß die Abstimmung zum Sicherheitspakt auf keinen Fall vor der öffentlichen Besprechung im Reichstag abgelehnt werden dürfe, da gerade jetzt, angesichts der kritischen Lage in England und der trügerischen Verwidelungen Frankreichs die Desorientierung als besondere Gefahr drohend, richtungslos erörtert werden müßte. Insbesondere muß der Reichstag zu der Forderung und der von der Lutherregierung angeführten, aber nicht durchgeführten Preisensenkungsaktion Stellung nehmen. Das Preisensenkungsgebot sei nur zur Entschärfung gegenüber den Arbeitern ausgenutzt worden; im übrigen habe aber die Preisensenkungsaktion der Lutherregierung schon seit geraumer Zeit mit Abrechnung gehalten werden.

Müller-Franke (SPD.) erklärte sich diesem Vorschlag nicht anschließen zu können, er müsse erst die Verhandlungen des Unzufriedenen Ausschusses abwarten.

Genosse Koenen antwortete darauf, daß die Ausführenden Verhandlungen Sonderverhandlungen seien, während die Arbeiterklasse offene Antwort fordern müsse. Gegenüber der SPD. sei besonders bemerkenswert, daß der englische Gewerkschaftsleiter neben anderen Beschlüssen den Sicherheitspakt abgelehnt hat, was neben dem roten Freitag aber weitere Steigerung der Massenarbeitslosigkeit und der Wahlunterlage der englischen Regierung in Stockholm eine neue Situation geschaffen hat. Dazu muß die organisierte Arbeiterklasse Stellungnahme fordern.

Die Deutschnationalen lehnen scharf jeden Gedanken an Zusammentritt des Reichstags ab, was die Stellungnahme zum

Einzelverstoß ab, worauf Ordre von den Deutschnationalen, der den kommunistischen Antrag unterstützte, mit einer schweren Mißdeutung gegen die deutschnationale Führung antwortete.

Fehrenbach (Zentrum) und die übrigen Parteiführer schlossen sich aber vorbehaltlos den Deutschnationalen an. Damit war der Zusammentritt des Reichstages für Dienstag abgelehnt. Auf eine Frage unseres Berichters, ob denn das Wahlsystem wegen der ansteigenden Leuerung und der Preisensenkungsaktion in den nächsten Wochen wenigstens eine Stellungnahme des Reichstages herbeiführen wollte, wurde geantwortet, daß eine Zusammenberufung des Reichstages vor dem geplanten Termin, dem 19. November, nicht beabsichtigt sei.

Sann begann die geheimen Verhandlungen im Auswärtigen Amt, und über die Feuerung genot des Volkes wird überhaupt nicht geredet.

### Wofür der Schlessische Landbund Geld hat

#### Die Antoken für den „Reiter“

Hindenburg ist bekanntlich mit einem ungeheuren Aufschub von Lantam und Brindortum von der Schwerindustrie und der Großagrarier dem „Bolle“ als „Der Reiter“ anempfohlen worden. In diesem Kampfe um Oberst Ehren sind von den „Nationalen“ Ansuchen verpubliziert worden. Wie sich herausstellt, Summen, die man sich gepumpt hat. Der Schlessische Landbund hat folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder verfaßt:

„Sehr geehrter Herr!  
Bei der Wahlsprekantenwahl im vergangenen Frühjahr waren die Kassen aller im Reichsbund zusammengeschlossenen Parteien leer. Nur durch den Einsatz des Landbundes wurde es möglich, die Kosten der Hindenburgwahl zu decken, ohne daß die einzelnen Mitglieder des Landbundes damals direkt heranzukommen. Der Vorstand glaubte, daß zu Zeit der Wahl die Notlage der Landwirtschaft von Tag zu Tag klarer, aber auch drückender wurde, die Interessen unserer Berufskollegen am besten wahrzunehmen, wenn er zunächst der Kredit der Organisation aufnehme.

Dieser Kredit muß jetzt abgedeckt werden. Zurzeit ist wohl überall mit dem Ausdrücken begonnen worden und damit eine gewisse Erleichterung in der Geldwirtschaft für unseren Berufsstand eingeleitet. Wir halten es deshalb für an der Zeit, auf den Beschluß der Generalversammlung am 24. April zurückzukommen und zu bitten, die damals bewilligten Gelder auf unser Konto bei der Württembergischen Bank Breslau oder bei der Reichsbank einzuzahlen mit dem ausdrücklichen Vermerk: Für den Landbund-Wahlkampf, damit eine Buchung auf Verrechnungskonto vermieden wird.

Zur Deckung der Kosten hat sich der Vorstand genötigt, den Satz auf 20 Prozent festzusetzen.

Auf Sie entfallen demnach 20%... Wir bitten darum, den fälligen Beitrag für das ganze Jahr 1925 schnellstens an uns zu überweisen.“

Viele von den Großagrarern, die sonst in den westmühtigen Löhnen nach Krediten heulen und das Elend der „notleidenden Landwirtschaft“ in die Welt jagen, haben es möglich gemacht, die Kosten der Hindenburgwahl zu decken. Oder sollen die „Kosten der Hindenburgwahl“ nur Antoken gewesen sein, um ein besseres Geschäft abzuschließen?

Hindenburg ist gewählt worden, die Junker haben dem „Reiter“ Kredite gewährt. Die Luther, Stresemann, Schiele, Brünnel haben sich ebenfalls gezeigt und Gutes mit Gutem vergolten.

Die Barische auf Hindenburg haben den Junkern Wucherzinsen und Einfuhrzölle eingebracht.

In den nächsten Tagen erscheint:

#### Der neue Kurs

Die Reden des Genossen Bacharin und Snowjew in der deutschen Kommission der Exekutive am 13. August 1925.

Brief des ERM und der Organleitung des ERM, Resolutionen des ZN und der Pol-Zentralrat am 1. September in Berlin.

92 Seiten. Preis 50 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Literaturzentrale.

Für die Parteidiskussion ist diese Broschüre die wichtigste Grundlage. Jeder Parteigenosse muß diese Broschüre lesen.

### Wasserlatastrophe auf der Zeche Daniel

#### Schachtgebäude mit Förderlürmen verunten

Duisburg, 27. September.

Auf Schacht I der Zeche Daniel bei Stertrade ereignete sich am Freitag und Sonnabend ein großes Grubenunglück. Am Freitagabend machte sich auf der zweiten Sohle des 600 Meter tiefen Schachtes ein Wassereintrich bemerkbar, der sich erst am Sonnabend voll auswirkte.

Die Wasserfluten ergossen sich zu Sonnabend mittag in den Schacht. Sechs Bergleute waren zur Zeit des Unglücks auf der ersten Sohle beschäftigt und wurden von der ungeheuren Macht des Aufstrudels mehrere Meter weit fortgeschleudert.

Die Wasserfluten setzten mit ungeheurer Geschwindigkeit den ganzen Schacht unter Wasser und fanden dann durch einen großen Zugangsstollen den Weg zu den benachbarten Zechen. Die Zechen der Gutehoffnungshütte in Stertrade und Osterfeld wurden stark gefährdet. Eine dieser Zechen der Gutehoffnungshütte wurde auf der untersten Sohle von den Schlammmassen in einer Höhe von 75 Zentimetern und mehreren Kilometer Ausdehnung überflutet. Ein Einsturz dieses Schachtes würde durch rechtzeitiges Abdämmen der Schlammfluten verhindert.

Am Sonnabendnachmittag fürzte der Schacht der Zeche Daniel vollständig ein. Die darauf befindlichen großen modernen Förderanlagen des Hauptbetriebsgebäudes und ein Teil der Nebengebäude, sowie eine große Menge Maschinen, versanken in den Schlamm- und Wasserfluten, die ein Ausmaß von 70 bis 80 Meter im Durchmesser haben.

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks dauerte die in den Sonnabendabend fort. Es ist wahrscheinlich durch Bruch eines Länginganges in der Schachtmauer erfolgt, die dann von den Wassermassen eingebrückt wurde.

### Prozess gegen den SPD-Landrat und Schieber

Berlin, 29. September. Vor dem Schöffengericht Jordan begann am Montag der Prozess gegen den früheren sozialdemokratischen Landrat des Kreises Liebenwerda Max Vogl und gegen den Direktor der Liebenwerdaer Sparkasse Walter Merres wegen Betrug, Untreue und Urkundenfälschung beim Anfertigen und Beifügen dazu. Es handelt sich um die Kreditgeschäfte der Sparkasse Liebenwerda, die seinerzeit zur Amtsenthebung des Landrats Vogl sowie zur Verhaftung des Sparkassendirektors führten.

### Eisenbahnerstreik in Danzig

Danzig, 29. September. Da die heutigen Lohnverhandlungen zwischen der Eisenbahnerverwaltung und den Arbeitern der Danziger Eisenbahnwerkstätten ergebnislos verlaufen sind, ist in den Werkstätten die Arbeit niedergelegt worden.

### Ein höchstlicher Paktvorschlag

Die bürgerliche Presse meldet: In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, Dr. Benesch habe erklärt, die Tschechoslowakei wäre vollständig damit einverstanden, wenn an Stelle Frankreichs der Völkerbund die Garantie des möglichen Ostpaktes übernehme. Diese Erklärung hat hier großes Aufsehen erregt, da man der Ansicht ist, in einem solchen Falle könnten die Polen auch nicht mehr darauf bestehen, daß Frankreich der Garant sein müsse.

### Vom Stinesramisch

Die beiden dem Stinesramisch gehörenden Hotels Esplanade (Berlin) und Atlantik (Samburg) werden in den Besitz einer Hotelgruppe übergeben, die aus der Rig-Carlson-Compagnie London und Gebrüder Brenner Baden-Baden (Brenner-Hotelkonzern) besteht. Die Verhandlungen stehen vor dem Abschluß. Die Übernahme soll am 1. Dezember d. J. erfolgen. Als Kaufpreis werden 12 Millionen genannt.

Der national-revolutionäre „Allindische Kongress“ nahm eine Sympathieerklärung für den griechischen Freiheitskampf an und protestierte gegen die Verhinderung der Reise des englischen kommunistischen Abgeordneten Callaghan.

Die Schulden Barmats bei der Staatsbank betragen 17 Millionen Mark und die Antiskiers 12,6 Millionen.

# TASCHKENT

## DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

NEUER DEUTSCHER VERLAG - BERLIN W 8

Mischla sah auf diese neuen Menschen mit großer Achtung. Er merkte, daß sie Scherz mit ihm trieben, und diese Scherze, die Wärme der Lokomotive machten sein Herz leichter und fröhlicher. Als Genosse Kondratjew einen kleinen Hahn öffnete, den Lechschel mit lodendem Wasser füllte, selbst trank und ihm eine Beschlämme mit heißem Wasser gab, sagte Mischla herzlich, gerührt von dieser Fremdbillichkeit:

„Hast schon lange nichts Heißes mehr zu mir genommen?“ Kondratjew brach ein Stüd Brot ab:

„Wozu das?“

„Rein, nicht die Brotkruste war die Ursache.“

Mischla wurde nicht satt. Das kleine Stüdchen hartes Brot war für ihn zu wenig. Nicht das Brot hat sein Herz erheitert, sondern die gütige Fremdbillichkeit, das gütige Lächeln und Genossen Kondratjews Gesicht. Er sah wie zu Hause auf dem warmen Ofen, blies oft ein, befehlte im Schlaf sein Wasser, dachte ruhig und fröhlich:

„Was für gute Menschen!“

Als man sich einer großen Station näherte, sagte Kondratjew:

„Jetzt mußt du aussteigen, Mischla. Die Lokomotive kommt ins Depot, wird ausgebeuert. Wir wollen sie richtig in Staub legen, daß sie keine Dampfheiler macht. Dann fahren wir nach Tolstojent.“ Jetzt ist es nicht mehr weit bis dahin.“

Mischla sah den Kopf hängen.

„Warum hast du Angst?“

„Die Menschen sind verschieden! Einer nimmt mit, der andere jagt nicht.“

Kondratjew schaute ihn auf die Schulter:

„Hast keine Angst, Mischla. Du kommst mit mir mit.“

„Aber wie soll ich mit dir gehen? Wenn die Lokomotive ins Depot verläßt, sag ich sie zweimal pfeifen, dann laßt sie gleich zu mir. Verstanden? Bin ich nicht da, dann wartet.“

„Gut, Onkelchen. Werde es so machen!“

„Aha!“

„Will mich inzwischen auf der Station umsehen. Vielleicht finde ich jemand von unseren Bauern. Rauchen Sie Zigaretten?“

„Wozu?“

„Ich könnte vielleicht ein paar Zigaretten für Sie kaufen.“

Kondratjew lächelte:

„Wenn du Zigaretten für mich kaufst, nimm ich dich nicht mit.“

Auf der Station sah Mischla ihm freundlich ins Gesicht, sprang mit ungern herunter, setzte sich hinter den Wagen hin, zog die Balken aus, nahm die Säure heraus, warf die zerquetschen Säure weg, band die Strümpfe an die Säure, warf sie über die Schulter und ging barfuß, die Mühle tief in die Stirn gedrückt, auf den Markt. Er wollte nicht gleich den hohen Preis für das Brot bezahlen. Fragte bei verschiedenen Händlern danach, wie ein Bauer, der ein Pferd kaufen will. Die Preise waren überall die gleichen. Mischla hatte großen Hunger, der beim Anblick der Brote noch wies. Er sah zum letztenmal seinen Tausendrubelstein an und kaufte sich ein großes Stüd Weizenbrot, verzehrte die Hälfte, wurde schwer, schmeckte und dachte müde:

„Geeung. Morgen eh ich den Rest.“

Ein Bauer auf einer Tragbahre wurde an ihm vorbeigetragen.

Mischla sah den blonden Bart, die blaue Hose, die nackten, schwarzen Füße, log den fremden Schmerz in sich ein, bedauerte den Verstorbenen:

„Ich bin doch ein glücklicher Mensch. Er ist tot, und ich laufe mit der Eisenbahn!“

Hinter der Station sahen Bauern, Frauen, Greise, kleine Mädchen, eine richtige Herde. Mischla fragte zwei Bauern:

„Wohin laßt ihr?“

Die Bauern antworteten nicht.

Mischla wurde böse.

„Warum gebt ihr keine Antwort?“

Einer der Bauern sagte:

„Geh uns in Ruhe, Bengel! Wir haben im unteren Sorgen genug.“

Der andere fügte hinzu:

„Hier Lage liegen wir schon hier herum. Was steht der Kopf nicht nach Geldschweiß!“

Mischla aber sagte wie ein erwachsener, richtiger Bauer:

„Ich bin nicht weniger als ihr auf Stationen herum gelegen.“

„Habe nachts ganz allein in der Steppe übernachtet. Bin zu Fuß gegangen.“

„Wie bist du denn gegangen?“

„Die Not hat mich gezwungen. Da bin ich eben gegangen.“

„Du weißt selber nicht, was du schwachst“, meinten die Bauern verärgert.

Mischla schob seine Mühle zurecht, begann zu erzählen. Wie ihn nachts die Kameraden vertreiben, wie er eine ganze Nacht in der Steppe, die andere im Wächterhäuschen übernachtete, wie ganz allein er war. Dann traf er den Mischlischen, Genossen Kondratjew. Der nahm ihn in der Lokomotive mit, gab ihm Tee aus seinem Teefessel zu trinken und Brot zu essen. Gabe es mehr solche Menschen, läme jeder mit.

Mischla sprach ruhig, mit sicherer Stimme, schien darum größer, als er war. Die Bauern hörten aufmerksam zu, die hintenstehenden rückten näher, schauten dem Erzähler ins Gesicht. Er aber, aufreißend und satt von dem genossenen Brot, schwang seine Strümpfe, stand mitten zwischen den Bauern, wie ein kleiner Prediger, der die Menschen in ihrem Glauben festigt und ihnen Zuversicht auf langen, noch nicht vollendeten Weg mitgibt.

Singerissen von der allgemeinen Aufmerksamkeit, sprach er:

„Ich geh und seh mich gleich in die Lokomotive.“

„In welche Lokomotive?“

„Zu Genossen Kondratjew.“

Wandte sich um und ging weg.

Sah sich noch mal nach den Bauern um, dachte:

„Die beneiden mich wohl!“

Zwei Lokomotiven rangierten, gaben schrille Piffen. Wagen wurden abgelockert. Buffer schlugen aneinander. Zusammen mit den Lokomotiven tönten die dünnen Signale der Wächterkeller. Als Mischla einen Schaffner mit zwei Flaschen am Gürtel sah, fragte er ihn:

„Se, Genosse, wohin gehen diese Lokomotiven?“

„Zum Teufel seiner Großmutter!“ antwortete der Schaffner.

„Ranu!“

„Ranu?! Ranu?!“

Beide lachten.

(Fortsetzung folgt)



# Die Wahrheit über Sowjetrußland!

## Eine hochwichtige Broschüre

Im Führerverlag Berlin ist eine Broschüre mit dem Titel **Die Gewerkschaften und die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion in den Jahren 1921-1925** erschienen. Der Verfasser ist der Genosse **Aluf**. Nachstehend bringen wir eine Beschreibung dieser hochwichtigen Neuerscheinung, aus der wir in den nächsten Tagen einige Kapitel abdrucken werden. Besser als alle Vorkämpfer widerlegen die unumstößlichen Tatsachen, die diese Broschüre mitteilt, das lächerliche Geschwätz sozialdemokratischer Redakteure über „potemtsche Dörfer“.

Der Kampf der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale um die Gewerkschaftsheit, besonders aber das englisch-russische Gewerkschaftsabkommen, rufen unter der ausländischen Arbeiterchaft das Interesse für die russischen Gewerkschaften in den Vordergrund. Bis dahin haben auch manche europäische Kommunisten die Rolle der Gewerkschaften nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in ihrer eigenen Zukunft, nach der Revolution überhaupt, unterschätzt. Sie dachten, die Arbeitermacht sorgt ja ohnehin für das Wohl der eigenen Klasse, die Gewerkschaften verlieren dann ihre Hauptfunktion, wenn sie nicht überhaupt überflüssig werden, so beschränken sie sich bloß ihre organisatorischen, erscheinlichen Funktionen und helfen bei der Produktion mit. Diese Unterschätzung der Gewerkschaften nach der siegreichen Revolution trat während der ungarischen Räterepublik hauptsächlich unter den jungen Elementen der KPD besonders kraft Billage. Aber selbst unter den russischen Bolschewiki gab es in der ersten Zeit der Revolution viele Unklarheiten in der Gewerkschaftsfrage. So kamen z. B. während der großen Gewerkschaftskongresse im Jahre 1920 starke Tendenzen der Verschärfung, der „Militarisierung“ der Gewerkschaften zur Geltung, die von Genossen Lenin natürlich am schärfsten bekämpft wurden.

Die Broschüre Alufs füllt also eine große Lücke in der Information der ausländischen, besonders der von den menschewistischen Verleumdungen am meisten „bearbeiteten“ westeuropäischen Arbeiter über die Sowjetunion aus. Sie bietet ein vorzügliches und reiches Material nicht nur zur Widerlegung der täglichen Verleumdungen der russischen und sonstigen Menschewi, sondern auch zur allgemeinen Klärung der Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der proletarischen Diktatur.

In den ersten drei Kapiteln wird die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Aufgaben während des Kriegskommunismus und der neuen Wirtschaftspolitik geschildert, überall an der Hand ausführlicher statistischer Aufstellungen. Wir vermissen nur im geschichtlichen Teil die Erwähnung der Hauptstreikpunkte in der großen Gewerkschaftsdistriktskonferenz innerhalb der KPD im Jahre 1920, die — obwohl außerordentlich lehrreich — den außer-russischen Arbeitern allzugenug unbekannt ist.

Der Verfasser behandelt ausführlich den Uebergang von der kollektiven Mitgliedschaft zur freiwilligen Mitgliedschaft und individuellen Beitragszahlung.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der finanziellen Lage der Gewerkschaften und zeigt, entgegen den menschewistischen Behauptungen, daß die Einnahmen der meisten Gewerkschaften heute nicht nur ihre Ausgaben decken, sondern noch Überschüsse aufweisen. Die Angaben der Broschüre können noch dadurch ergänzt werden, daß infolge dieser günstigen finanziellen Lage die größeren Gewerkschaften bereits an die Erschließung der finanziellen Verpflichtungen ihrer Mitgliedschaft denken und zur Wahrung des besonderen Zusatzbeitrages für Arbeitslosenunterstützung übergehen, da diese bereits aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden kann.

Sehr interessant und lehrreich ist das Kapitel über Betriebsräte und Delegiertenversammlungen. Es zeigt uns den russischen Arbeiter in dem Betriebe, wie er seine Rechte verteidigt, aber nicht nur in Lohn- und ähnlichen Fragen, sondern auch dadurch, daß er die Produktion kontrolliert. Daß er durch seine Betriebsräte bei der Erneuerung des Betriebes sein Mitbestimmungsrecht geltend macht, zu allen Tagesfragen der Gemeinde, des Staates und zu den wichtigsten Fragen der internationalen Politik Stellung nimmt. Kurz: der Betrieb ist im proletarischen Staat aus einem Ausbeutungs- und Folterwerkzeug zu einer Kulturstätte von noch nie dagewesenem Umfange geworden, in der sich der Arbeiter wohlfühlt, in der er sich seiner Verantwortung als Herr des Betriebes und seiner Stellung als führende Klasse der Gesellschaft bewußt ist.

Im weiteren wird die Entwicklung der Art der Lohnregelung seit der Umstellung der Staatsindustrie auf Rentabilität geschildert und auf den Unterschied in der Bedeutung der Kollektivverträge im proletarischen und im kapitalistischen Staate hingewiesen. Die Entwicklung der Löhne selbst wird an Hand guter statistischer Tabellen und anschaulicher Diagramme (im Anhang) dargestellt. Der Verfasser rechnet mit der „Perspektive“ des Menschewisten Schwarz ab, wonach eine Besserung der Lage der russischen Arbeiter „wohl zugegeben werden“ müsse, daß es aber aus den Schwierigkeiten bei der Auszahlung der Löhne ersichtlich sei, daß die gegenwärtige Lohnhöhe „in der nächsten Zeit nicht überschritten werden“ könne. Zur Ergänzung sei hier angeführt: Seit dem Erscheinen der Broschüre Alufs hat die „Kontrollisten“ des Planwirtschaftsinstituts für das Wirtschaftsjahr 1925/26 veröffentlicht worden, aus denen ersichtlich ist, daß die gegenwärtigen Reallohne, die in Bargeld durchschnitlich im ganzen Lande 76 Prozent (im Moskau 107 Prozent) — einschließlich des Wertes der verschiedenen Begünstigungen: 88 Prozent — des Friedenslohnes betragen, schon im nächsten Wirtschaftsjahr durchschnittlich um etwa 12 bis 14 Prozent erhöht, danach also im Durchschnitt auf Friedenshöhe gebracht werden. Die menschewistischen Klagen haben also kurze Beine!

Im Kapitel **Streik und Konflikte** wird nicht nur der Inhalt und die Art und Weise der Beilegung der Arbeitskonflikte in der Sowjetunion dargestellt, sondern auch die Rolle des Streiks in den proletarischen Staatsbetrieben prinzipiell beleuchtet. Der Verfasser lehnt seine Broschüre mit der Schöpfung der Produktionskonferenzen, durch die die Belegschaft an der technischen und organisatorischen Verbesserung der Produktion des Betriebes teilnimmt und durch die sich eine wahre „Wirtschaftsdemokratie“, nicht in bürgerlich-hilferdinglichem, sondern in proletarischem Sinne entfaltet.

Es ist zu erwarten, daß diese vorzügliche Broschüre auch unter den nichtkommunistischen Arbeitern die weiteste Verbreitung finden wird.

# Der Arbeiter- u. Bauernkongress von Straßburg

(Von unserem Korrespondenten.)

Straßburg, 28. September.

Hier fand ein Kongress der Arbeiter und Bauern von Elsaß-Lothringen statt. Er bildet die würdige Fortsetzung der Arbeiter- und Bauernkongresse in Paris, Lille, Lyon, Bordeaux, Marseille u. a. D. Alle Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Und diese Einstimmigkeit war der Ausdruck des einmütigen Willens zur Aktion. Wegen des Krieges von Marokko, gegen die Forderung, gegen die Gallau-Steuern, ebenso gegen die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland hat der Arbeiter- und Bauernkongress von Straßburg beschlossen, einen Gegenstreik vorzubereiten, der ausgelöst wird an einem vom zentralen Aktionskomitee zu bestimmenden Tag.

Außer einer Reihe direkter wirtschaftlicher Forderungen verlangte der Kongress für die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen das Recht, frei über sich selber verfügen zu können. Der Kongress forderte eine Volksabstimmung, in der der Wille dieser Bevölkerung sich ohne jeden Zwang und ohne jeden Einfluß von Korruption frei äußern kann. Der Kongress verlangte, daß diese Volksabstimmung stattzufinden habe nach vorübergehender Räumung von Elsaß-Lothringen durch die Zivil- und Militärbehörden Frankreichs. Die Volksabstimmung selbst soll durchgeführt werden unter der Kontrolle von Arbeiterräten.

Außerdem richtete der Kongress von Straßburg einen offenen Brief an die Kriegspaktkonferenz der Minister, die nächster Tage in Luzern stattfinden soll. Dieser offene Brief lautet:

## Offener Brief an die Luzerner Ministerkonferenz

Herrn Minister der kapitalistischen Regierungen von Frankreich, England, D. S. S. S., Belgien und Italien!

Wie uns bekannt ist, soll die Luzerner Konferenz sich allein mit dem Schicksal unseres Landes befassen, indem die Vertreter der deutschen Regierung dort zum zweiten Male nach der Versailer Friedenskonferenz den endgültigen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen bestätigen sollen. Wieder einmal mahnen sich Vertreter kapitalistischer Regierungen an, unser Land als Schwachobjekt zu behandeln und ohne die wertvollen Mäßen von Elsaß-Lothringen zu betrachten, über unsere Köpfe hinweg, über unser Volk zu entscheiden. Zum zweiten Male nach dem Weltkrieg soll das Recht auf Selbstbestimmung, dessen Verteidigung von den alliierten Regierungen feierlich als ihr vornehmstes Kriegsziel proklamiert wurde, zum zweiten Male seit 1918 soll dieses Recht für unser Volk mit Füßen getreten werden.

Angesichts dieser Lage erachtet es der Arbeiter- und Bauernkongress von Elsaß-Lothringen, der wahre Vertreter der wertvollen Mäßen unseres Lan-

des, der am Sonntag, den 20. September in Straßburg tagte, als seine Pflicht, seine Stimme zum Protest gegen diesen neuen Schacher zu erheben und den Garantebund, nach dem er zustande gekommen ist, als ungültig für das elsaß-lothringische Volk zu erklären.

Wir erklären, daß die wertvollen Mäßen von Elsaß-Lothringen niemals auf ihr Recht auf Selbstbestimmung verzichten haben und verzichten werden.

Wir verlangen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, bei der alle Männer und Frauen unseres Landes ohne Druck der französischen Zivil- und Militärbehörden über das weitere Schicksal unseres Landes entscheiden sollen. Wir fordern, daß das Abstimmungsresultat von Kommisionen, die von den wertvollen Mäßen gewählt werden sollen, kontrolliert wird.

Die russische Bauern- und Arbeiterregierung hat selbst den kleinsten und rückständigsten Völkern des ehemaligen zaristischen Reiches das Recht auf Selbstbestimmung bis zur vollständigen Bildung gegeben, wie z. B. Baltischen, und autonome Republiken gebildet, die die volle administrative und kulturelle Selbstverwaltung (Autonomie) genießen, die Schule, Gericht, Verwaltung in ihrer Muttersprache halten.

Die vielen Hunderttausende kulturell hochentwickeltesten Arbeiter und Bauern unseres Landes haben nicht einmal diese elementarsten Rechte. Wir brandmarken gleichmäßig den Garantepakt als Bündnis der kapitalistischen Regierungen gegen den ersten freien Arbeiter- und Bauernstaat — die Union der russischen sozialistischen Sowjetrepubliken. Wir erklären, daß die „befreiten Gebiete“ nicht befreit worden sind, sondern von einem verhassten imperialistischen Joch, dem deutschen imperialistischen Joch, befreit worden sind, das des französischen Imperialismus, gekommen sind. Wir setzen daher öffentlich und öffentlich die Ministerkonferenz davon in Kenntnis, daß unsere Volksmänner nur eine solche Entscheidung der elsaß-lothringischen Frage anerkennen werden, die sie selbst durch eine Volksabstimmung aussprechen werden.

Wenn unser Recht auf Selbstbestimmung erneut verleugnet wird, werden die Arbeiter und Bauern von Elsaß-Lothringen gemeinsam mit dem französischen Proletariat den Kampf für dieses Recht aufnehmen.

## Der Arbeiter- und Bauernkongress Elsaß-Lothringens

In einem Manifest an die Arbeiter fordert der Kongress Mobilisierung aller Kräfte für den Generalkrieg unter folgenden Kampfparolen: Erhöhung der Löhne und gleitende Lohnskala; Kampf gegen die Gallau-Steuern, Kampf gegen den Marokko-Krieg, sofortige Befreiung aller Zivil- und Militärgefangenen, Wiedereinstellung der gemäßigten Beamten, der Eisenbahner usw.

## Gibt es in Rußland Bewegungsfreiheit?

Die sozialdemokratische Presse, auch die Breslauer „Volksmacht“, beschäftigt sich in den letzten Tagen besonders eifrig mit dem Bericht der Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland. Ihr Hauptargument gegen das, was eigene Parteigenossen berichten, ist bekanntlich die Behauptung, diese lägen nur, was ihnen geizig wird. Sie können sich nicht frei bewegen, es würden ihnen „potemtsche Dörfer“ vorgespielt. Wir haben die Unfugigkeit dieser Behauptung schon oft genug nachgewiesen, nunmehr merken sich auch die bürgerlichen Stimmen, die von der Blödsinnigkeit solcher „Argumente“ abrücken. So lesen wir in der Sonntagsnummer der bürgerlichen „Prager Presse“ einen Bericht über Rußland, den der tschechische Jd. Nejedlik, einer der tschechischen Delegierten zur Feier der russischen Akademie verfaßt hat. In dem Bericht heißt es:

Aber auch die Bewegungsfreiheit ist heute in Rußland gewährleistet. Es wird erzählt, daß die Delegation, die nach Rußland kam, ganz tendenziös nur an bestimmte Orte geführt werden, damit sie nur das sehen, was die Sowjetregierung will und erlaubt. In unserem Falle war es durchaus nicht so. Wir haben uns wie in Leningrad so auch in Moskau ganz frei bewegt. In Leningrad haben wir sogar ein Dauerfreibillet für die Straßenbahn erhalten, so daß wir auch an die Peripherie der Stadt gelangen konnten, jeder wohin es ihm beliebt. Ich habe diese Freiheit besonders ausgiebig benutzt, gerade weil ich meine besonderen Interessen hatte. Es hing also nur von mir ab, was ich sehen wollte und was ich gesehen habe. Ich habe daher auch auf den Gebieten, die vom Programm der Akademiefestlichkeiten ganz entfernt waren, viel Material sammeln können. Ich bin auch in Privathäusern und Familien, in Künstlergesellschaften, in Instituten (Universitäten, Konservatorien), in studentischen Organisationen, gewesen, und überall konnte ich unbedingt fragen, beobachten, betrachten, was ich wollte. Dazu bemerke ich, daß die Mehrzahl der Gäste der Akademie (Professoren aus Deutschland, Italien, Frankreich usw.) sich sehr antipathisch gegenüber Rußland, aber auch das hat nicht verhindert, daß sie sich völlig frei bewegen und besuchen konnten, was sie sehen wollten. Man kann also das heutige Rußland wirklich studieren, und es wäre nur die Schuld dessen, der hinterkommt, wenn er sich von irgendwelchen offiziellen oder inoffiziellen Führern „potemtsche Dörfer“ zeigen ließe.

Die sonstigen günstigen Ausführungen dieses tschechischen Professore wollen wir nicht abdrucken. Uns genügt obige Feststellung. Was sagt die SPD-Presse zu ihr?

## Tschechische Kriegsvorkämpfer

Von den fast 2 Milliarden, die für den Heeresbedarf im tschechischen Staatsvoranschlag für 1926 vorgelesen sind, entfallen 40 Millionen Kronen auf die Bedürfnisse des Nationalverteidigungsministeriums als Zentralstelle. Die französische Mission erfordert 7 Millionen Kronen. Die Auslands-Organen des Verteidigungsministeriums kosten 2,75 Millionen Kronen.

Der Mehrbedarf des Flugwesens beträgt 32,5 Millionen (152,86 Millionen gegen 120,22 Millionen). So sind 17 Millionen für den Ankauf von Ersatzmotoren, fast 20 Millionen für andere Ersatzapparate der Flugformationen vorgesehen. 1,2 Millionen läßt sich der Staat die Prüfung der neuen Erfindungen und Konstruktionen kosten. Unter außerordentlichen Ausgaben figurieren die Anschaffung von Flugzeugen mit 56 Millionen.

Zur Anschaffung von neuen Geschützen aller Art werden 24,5 Millionen Kronen verwendet, für neue Handfeuer-

waffen 36 Millionen und für neue Maschinengewehre 32 Millionen Kronen. Mit 10 Millionen Kronen ist die Ausrüstung der Fliegerabwehr dotiert. Zur Abhaltung von Manövern werden für 67,5 Millionen Artillerie- und Fliegermunition sowie Handgranaten und kleine Munition angekauft. Für den Ernstfall wird Munition im Betrage von 24,4 Millionen angekauft. Für Tanks, Panzerautomobile und Lüge sind 23,1 Millionen Kronen eingestellt. Fast 70 Millionen Kronen sind für Waffenübungen vorgesehen.

Für das Schulwesen sind nur 841.732.176 Kronen vorgesehen.

## Aus Sowjetrußlands Wirtschaft

Der deutsch-russische Handelsvertrag ist in den letzten Wochen wieder lebhafter gefördert worden. In einer Reihe strittiger Fragen, ganz besonders auch in der Meistbegünstigungsfrage, ist ein Ausgleich erzielt worden. Schwierigkeiten in diesem Punkte bestanden wegen der Notwendigkeit für Rußland, mit China und der Türkei ebenso wie schon mit den baltischen Staaten der Fall gewesen ist, zu Sonderabmachungen zu kommen, durch die das Deutschland nach dem Rapallo-Vertrage zustehende Meistbegünstigungsrecht durchbrochen worden wäre. Die Deutschen und die russischen Unterhändler haben nunmehr eine Form gefunden, dieser Schwierigkeit auszuweichen. Das tatsächliche praktische Ergebnis der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wird weniger das Vertragsrecht sein als eine vorläufige Einigung über einen von der Wupo mehrfach geschätzten) hundert Millionen Rubel Kreditvertrag. Der Vertrag wird die kreditweise Lieferung deutscher Landmaschinen an Rußland sein. Rußland wird mit diesen Maschinen einen großen Teil seiner inneren Getreideanfrage bei der russischen Landwirtschaft bezahlen und für die Landmaschinen Deutschland Gegenwerte besonders in russischen Roggen leisten. Es ist zu hoffen, daß über den umfangreichen Vertrag nicht nur eine Einigung herbeigeführt worden ist, sondern daß die Ergibnisse gegen die Unterzeichnung nun endlich aufbrechen. Wichtig wäre das namentlich für die Ermöglichung einer rechtzeitigen Durchführung des so überaus wichtigen Kreditvertrages, der für die deutsche Industrie eine sehr viel größere Hilfe bedeutet, als für die russische Landwirtschaft.

## Aus Litauen

### Sejmwahlen

## Die Wahlen im Memelgebiet wieder einmal verschoben

Romno. Der Präsident des litauischen Sejm und vormaliger Premierminister hat erklärt, daß die Sejmwahlen in Litauen und im Memelgebiet erst am 20. März 1926 stattfinden würden.

Die Wahl der manländischen Abgeordneten zum litauischen Sejm ist also wieder einmal verschoben worden. Die reaktionäre Sejm-Mehrheit fürchtet die Wahlen im Memelgebiet, denn es ist klar, daß die Regierungspartei dort nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat, sondern im Gegenteil ihre Mehrheit noch verlieren kann. Daher werden die Wahlen erneut aufgeschoben... auf den St. Nimmerleinstag.

## Passive Handelsbilanz

Romno. In der Außenhandelsbilanz für Juni steht eine Ausfuhr von 16,5 Millionen Litae eine Einfuhr von 18,8 Millionen gegenüber. Die Gesamteinfuhr im ersten Halbjahre 1925 betrug 125,5 Millionen, die Ausfuhr 112,9 Millionen. Die Passivität der Handelsbilanz beträgt also 85 Prozent.



# Unsere Aufgaben

Ein Diskussionsartikel!

Von Ernst Meber.

Der Offene Brief der Exekutive ist von vielen Körper-  
schaften unserer Partei gutgeheißen worden. Das ist der erste  
wichtige Schritt zu seiner Durchführung, aber noch nicht die  
Durchführung selbst. Zu seiner Anwendung in der Praxis bedarf  
es mehr als der formellen Zustimmung zu seinem Wortlaut. Da-  
zu ist vor allem notwendig, daß die Partei die politische Situa-  
tion gründlich analysiert und gewissenhaft die Folgerungen für  
die eigene Praxis daraus zieht.

Manche Genossen machen sich diese Arbeit sehr leicht, indem  
sie einen Satz aus dem Offenen Brief über die westliche Orien-  
tierung der deutschen Kapitalisten und die östliche Orientierung  
der deutschen Arbeiter zitiieren und behaupten, nur diese Ren-  
derklärung im politischen Leben Deutschlands erfordere eine neue  
Politik, wie sie im Offenen Brief etwornen wurde. In dieser  
Behauptung steckt in Wirklichkeit der Versuch einer Amnestierung  
aller Fehler der vergangenen einhalb Jahre und einer Ab-  
schonung der Konsequenzen des Offenen Briefes.

Die politische Situation Deutschlands wird bereits seit zwei  
Jahren durch den Dawesplan beherrscht. Die Aufgabe des Ruhr-  
kampfes im Herbst 1923 war die Einleitung der westlichen Orien-  
tierung, die durch die Annahme des Dawesplanes auf der Kon-  
ferenz in London förmlich bekräftigt wurde. Die Abstimmung am  
29. August 1924 im Reichstag war nur die formelle Wiederholung  
einer bereits seit Monaten bestehenden Tatsache, ein rein parla-  
mentarischer Akt, dessen Bedeutung nur ein hoffnungsloser par-  
lamentarischer Kreis überschätzen kann. Das wäre in der Tat  
eine sozialdemokratische Auffassung. Sozialkämpfe und Abstim-  
mungen im Parlament als die wirklichen Entscheidungen zu be-  
trachten.

Die Annahme des Dawesplanes bedeutete zweierlei:

1. Annäherung an die Entente, der man jährlich bis zu 25  
Milliarden zu zahlen versprach, mit allen außenpolitischen  
Konsequenzen der Unterwerfung (Eintritt in den Völker-  
bund, Garantiebatt usw.).
2. Abschaffung aller Lasten, insbesondere der Darlehenlasten auf  
die Arbeiterschaft, mit allen innenpolitischen Konsequenzen  
(Brechung jeder Widerstandes der Arbeiter durch Belage-  
rungsmaßnahmen und wirtschaftliche Druckmittel, Ausperrun-  
gen, Lohnkürzung, verlängerte Arbeitszeit, Steuern, Zölle,  
usw.).

Die wichtigste politische Tatsache des Jahres 1924 war also  
die Annahme des Dawesplanes. Um ihn, seine Be-

deutung, seine Gestaltung, seine Konsequenzen hinein- und außen-  
politischer Art mußte sich die ganze Politik der Partei wie um  
eine Achse schon im Jahre 1924 drehen. Wie schlecht aber die  
Partei auf diese Tatsache reagiert hat, ergibt sich allein aus der  
zeitlichen Feststellung: Das kommunistische Rettungs- und So-  
zialisierungsprogramm wurde von unserer Reichstagsfraktion erst  
am 19. oder 20. August eingereicht, kam also erst in die Partei-  
presse kurz vor dem 29. August, dem Schlußakt der formellen An-  
nahme des Dawesplanes. Das Götthaler Rettungsprogramm mit  
den Forderungen, über deren Inhalt noch zu sprechen  
ist, wurde gar erst einige Wochen später aufgestellt.

Nun hatte sich der Frankfurter Parteitag auf zwei Ver-  
sichtlichen, also auch auf längere Sicht der revolutionären  
Entwicklung eingestellt. Die Partei mußte daher rechtzeitig mit-  
bestimmend mit der Möglichkeit der Annahme des Dawesplanes re-  
chnen, die in der Tat nur durch eine starke revolutionäre Bewe-  
gung zu verhindern gewesen wäre. Was aber tat die Partei? Sie  
machte weder den Versuch, durch Aufstellung von Teilforderungen  
in Verbindung mit dem Sozialisierungsprogramm vor der An-  
nahme des Dawesplanes eine revolutionäre Bewegung zu ent-  
fesseln, noch bereitete sie sich rechtzeitig darauf vor, für die Zeit  
nach der Annahme des Dawesplanes sofort mit einem Pro-  
gramm zum Kampf gegen die einzelnen Wirkungen des Dawes-  
planes aufzutreten. Als ich im ersten Zentralauschuss nach dem  
Frankfurter Parteitag im Mai 1924 die rechtzeitige Aufstellung  
eines Kampfes forderte, wurde das von Maslow höhnisch zu-  
rückgewiesen. Es sollte nur ein „prinzipieller“ Kampf gegen den  
Dawesplan geführt werden; aber aus dem prinzipiellen wurde  
infolge der Fehler der führenden Gruppe nur ein abstrakter, kul-  
lekturer, wirkungsloser Kampf.

Nach Annahme des Dawesplanes habe ich und eine Reihe  
anderer Genossen die Ergänzung des Götthaler Programms durch  
Aufnahme von Teilforderungen im Kampfe gegen die kommenden  
Zölle- und Steuererhöhungen gefordert. Es war schon damals ab-  
solut klar, daß die 25 Milliarden Daweslasten in erster Linie  
durch Steuern und Zölle aufgebracht werden müssen. Aber da-  
mals waren die führenden Gruppen der Zentrale von dem platte-  
sten Opportunismus beherrscht; jede politische Teilforderung wurde  
als opportunistisch zurückgewiesen. Die führenden Gruppen be-  
gannen mit jener Lügenkampagne, daß ich ein „positives, den Da-  
wesplan anerkennendes Steuerprogramm“ verlange. Ich habe  
den Dawesplan so „anerkannt“, wie ich „anerkenne“, daß wir in  
einem kapitalistischen Staate leben, und dann die wirksamsten  
Methoden zur Bekämpfung dieses Staates herauszufinden suche.  
Die Partei betrieb damals Fraktionshiebe statt kommunistischer  
Arbeiterpolitik. Im Kampfe gegen jene ultralinke Politik ent-  
stand die parteipolitische Zuspaltung, die den Gruppen Ruth-  
Fischer-Maslow-Schneller und Rosenberg-Scholem zur Mahrege-

lung und Ausschließung zahlreicher Genossen wegen richtiger, kom-  
munistischer Auffassungen Anlaß gab. Die Ruth-Fischer-Zentrale  
schickte damals den ultralinken Ruth, Rosenberg, Scholem als die  
„klaren“ Genossen zur Bekämpfung der „Steuer-Opportunisten“  
vor; sie hielten die Referate in der Parlamentskonferenz und  
in ihrer Hand lag auch die organisatorische Kampagne über das  
„große Schweinegeschlachten“, wie Werner Scholem so geschmacklos  
sein Wortgehegen gegen Nichtmitglied der linken Fraktion be-  
zeichnete.

Diesem unkommunistischen Treiben soll der Offene Brief ein  
Stoß machen. Gegner und Saboteure des Offenen Briefes gehen  
nun nicht von den politischen Fehlern der führenden Gruppen  
aus, sondern sprechen wie Maslow und Fischer im Frühjahr von  
Mandieren und neuer Taktik, ohne die konkreten Aufgaben des  
Augenblicks herauszuarbeiten.

Es ist kein Zufall, daß es der Partei nicht gelang, Massen-  
bewegungen zum Kampfe gegen den Dawesplan zu ent-  
fesseln. Die Gründe sind vor allem politischer Art. Der Mangel  
an Anwendung der Einheitsfronttaktik ist die Hauptursache. Der  
geblich hatte die Exekutive in dem Brief an den Frankfurter  
Parteitag geklärt, diese Taktik wegen der früher begangenen  
Fehler ganz über Bord zu werfen, das Kind mit dem Bade aus-  
zuschütten. Die führenden Gruppen schlugen diese Warnungen  
in den Wind. Als sie endlich unter dem Druck der Exekutive  
nachgaben, begnügten sie sich mit allgemeinen Geraden über  
Mandieren, ohne für die gegenwärtige Situation die konkreten  
Aufgaben herauszuarbeiten. Die Partei muß das sehr nach-  
holen. Glaubt werden dabei „rechte“ Fehler vorkommen, auch  
bei führenden Genossen. Aber nur in der Erprobung der Taktik  
und durch unerschütterliche Selbstkritik werden diese opportunisti-  
schen Fehler überwunden werden. Diese Taktik besteht nicht in  
der Ablehnung von Offenen Briefen an die SPD. An solchen  
Offenen Briefen fehlt es uns wahrlich schon sehr. Nicht Not-  
wendig ist dagegen die sorgfältige Festlegung des Inhalts, die  
Herausarbeitung richtiger Forderungen, gründliche Vorbereitung  
und zähe Massenpropaganda nach Abschendung des Offenen Briefes.  
(Fortsetzung folgt.)

## Aus der Geschäftswelt

Wir machen unsere Leser ganz besonders auf das Inserat von  
„Schwan im Blauband“ aufmerksam.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz,  
Breslau; für die Inserate: Friur Müller, Breslau.  
Verlag: Schlesiische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.  
Druck: Weidag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:

## Riquette

R. Königsberger Nach-  
folger  
Landeshut i. Schlei.

Heinrich Sidermann  
Altwasser  
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Liebig-  
Theater

Täglich 8 Uhr

Der  
Sensations-  
Erfolg

des  
Eröffnungs-  
Programms

CIRCUS  
BUSCH

Täglich 7 1/2 Uhr  
Sonntags ab 3 Uhr

Das hat Breslau  
noch nicht gesehen!

Karl  
Karl  
Karl

Breslau  
unter Waller

Draber und Draber  
und hoch und hoch!

Dora, 2. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

## Spielplan

von Montag, den 28. Septbr. bis Montag, den 5. Oktober

### Lobetheater

Montag, den 28. Septbr. bis  
Sonntag, den 3. Oktober  
abends 8 Uhr

Sonntag, den 4. Oktober  
abends 8 Uhr

Montag, den 5. Oktober  
abends 8 Uhr

„Der Kreidekreuz“  
Spiel nach dem Chinesischen  
von Klabend

„Bonbonroche“  
Größe von Courteline  
„Zartiff“  
Lustspiel von Moliere

„Der Kreidekreuz“  
Spiel nach dem Chinesischen  
von Klabend

### Thaliatheater

Dienstag, den 29. Septbr.  
bis Freitag, den 2. Oktober  
abends 8 Uhr

Gastspiel Dr. Paul Barakoff  
„Gott der Rache“  
Drama von Schalom Asch

## Trauer-Kleidung

jeder Art  
für Damen und Mädchen  
in größter Auswahl stets vorrätig  
M. Gentower, brüde 7-10  
Schmiede-

## Stenotypistin

durchaus perfekt Maschine und Stenographie  
sodort gesucht.

Angebote mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen  
unter A. M. 100 an die Expedition der  
Zeitung, Trebnitzer Straße Nr. 58, erbeten.

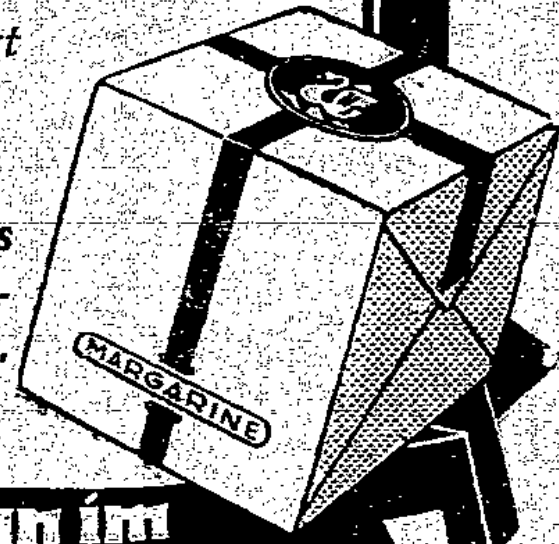
Otto Riebeth, Dampf-Bäckerei  
Ober-Hermsdorf  
empfiehlt  
Qualitätswaren



Ein jeder  
ist seines Glückes Schmied

Wer Blauband-Margarine  
verwendet, ist vor-  
züglich und spart  
viel Geld.

Preis 50 Pf. das  
Halbpfd. in der be-  
kannten Packung.



Schwan im  
**BLAUBAND**  
FRISCH GEKIRNT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbig  
illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Jeder Arbeiterzeitungsleser, Proletarier, Gewerkschaftler

darf nur seinen Bedarf in Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffen im

**Wiemohaus, Neuschestrasse 20/21** decken.

**Weshalb?** Weil wir durch immer größer werdenden Umsatz in der Lage sind,  
die Preise infolge großer Einkäufe auf das Minimum zu reduzieren.



# Ab Sonntag Werbewoche!

## Was müssen die Genossen tun?

Genossen, Genossinnen, Leser!  
In der ganzen Welt werden in diesen Tagen die Kommunisten für ihre Zeltungen. Diese internationale Werbekampagne hat den Zweck, angesichts des erstarkten Kampfwillens der Arbeiter, besonders in allen europäischen Ländern, den Einfluss der Kommunisten zu verbreitern.  
Wir in Deutschland, die wir uns vor einem neuen Wahlkampf befinden, die wir die Umstellung der Partei auf

Betriebszellen vornehmen, die wir inmitten einer großen Massenempörung über Teuerung, Zölle und Steuern stehen, haben besonderen Anlaß, die Zahl der Leser der kommunistischen Presse zu steigern und zu verdoppeln.  
Für den Bezirk Schlesien hat die Bezirksleitung beschlossen, die Werbewoche in der Zeit vom 5.—11. Oktober stattfinden zu lassen, da in diese Zeit keine andere Veranstaltung fällt und deshalb die Genossen alle ihre Kräfte in den Dienst der Werbearbeit stellen können.  
Diese Werbewoche ist eine ernste und wichtige Angelegenheit!

können und sollen sich beteiligen an der Werbung auch die übrigen Zollungsleser. Wer sich schon zum Bezug der kommunistischen Zeitung durchgerungen hat, soll auch anderen dazu verhelfen.

### Parole für die Werbewoche: Verdoppelung der Leserschaft!

## Locales

### Rettet Max Hoelz!

Der Hungerstreik von Max Hoelz hat in allen Kreisen der Arbeiterklasse und darüber hinaus großes Aufsehen und Entzückung hervorgerufen.  
Jeder Arbeiter fragt: Warum sitzt Max Hoelz noch im Zuchthaus, während die Hochbetriener Jäger, Lubendorff, Ehrhardt, Jagow in Freiheit sind?  
Was ist das für eine „Angelegenheit“, die den Rapp- und Silberleuten Straffreiheit bringt und die proletarischen politischen Gefangenen in den Zuchthäusern schmachten läßt?  
Dem Druck der östlichen Partei folgend, ist der Strafvollzug gegen Max Hoelz in der brutalsten Weise verschärft worden. Hoelz wird, obwohl er politischer Gefangener ist, schlimmer behandelt als die Massenmörder Haarmann und Angerknecht. Die Bekläufe sind ihm entzogen worden. Besuche werden verboten, durch ein ausgeklügeltes System der Schikanen, rassistischer Folterungen, will man Max Hoelz zur Verzweiflung treiben, um ihn „geheilt“ machen zu können. Der Hungerstreik des Genossen Hoelz — er hungert bereits den achten Tag — soll durch Schläge mit dem Gummiknüppel entmenschter Henkersknechte verhindert werden. Die Gefahr, daß Max Hoelz infolge sechsjähriger Einzelhaft diesen Folterungen erliegt, ist außerordentlich groß. Rettet Max Hoelz! Unterstützt durch Massenunterstützung die Aktion der kommunistischen Landtagsfraktion.  
Genossen, Genossinnen, Sympathisierende, bekundet eure Solidarität mit Max Hoelz, indem ihr die heute abend 7 1/2 Uhr in den Zentralballsaal stattfindende Versammlung zu einer Massensitzung der Breslauer Arbeiterklasse macht.

### Rund um Breslau

Seitdem Stadtparlament und Heilsarmee ihre Arbeitsplätze vom Ring mehr nach dem Süden verlegt haben, steckt sich der Ring ein anderes Gesicht auf. Schon an den Straßeneinmündungen müssen die politierten Schwupplente allerhand Freiübungen machen, um den Breslauer Weltbürger zu regeln. Der ganze Ring steht überhaupt im Zeichen der Stabilisierung. Aus dem Rathaus wird der Schwamm entfernt. Die größeren Geschäftshäuser überbieten sich an Lichtreklame. Ein Café nach dem andern etabliert sich. Der Vogel schließt der Rats-Weinsteller ab. Seit der Eröffnung vor zehn Tagen ist von den 600 Sitzplätzen noch keiner fast geworden. Zwei dienstbare Geister haben ununterbrochen zu tun, um genügend gefüllte Flaschen heranzuschaffen, und mittels Lastautos werden die leeren wieder an den Ort der Füllung gebracht. Ob der Weindurst der Breslauer Bürger gelöscht werden wird, muß die Zukunft zeigen. Kraftfahrerkund und wie Fahrradband bieten gleichfalls ihre Dienste an. Die Pferdewalzen stehen auf dem Aussterbeort Dienste an. Die Pferdewalzen stehen auf dem Aussterbeort, sie können nicht mehr mit und werden immer feltener. Von der Stabilisierung nicht betroffen ist die Staupfäule. Sie steht noch immer in ihrem fäulerten Zustande da und wartet auf Erneuerung.

## Zur Diskussion

(Von der Genossin E. S.)

Wir sprechen sehr oft davon, daß wir an die Massen heran müssen. Es gelingt uns immer und immer mehr, unter der Arbeiterklasse Schlesiens gute Erfolge zu erzielen. Wir hochbetriener unter dem Gesichtswinkel, daß wir in die Massen bringen müssen. Das ist unbedingt richtig, aber wir vergessen oft, daß wir die Arbeiter, die in unserer Partei sind, nicht genügend als Basis für unsere Politik herbeizuziehen! Jedes geschulte Mitglied, jedes Mitglied, das genau weiß, was es will, das auf die Einwände der Menschewisten gut und überzeugend antworten kann, ist ein Werkzeug, mit dem man die Massen zur Revolution erzieht. Wir müssen hier genau hinschauen die Bemerkung machen, daß das Organisationsbüro dem Organischen weit voranzugehen ist. Daß wir als Partei in einem Kleide stecken, das uns zu groß ist. Mit dem raschen Fortschritt des Organisationsbüros hat das Organische nicht den Schritt gehalten. Wir können das deutlich an der augenblicklichen Parteidiskussion erkennen. Beteiligte sind tatsächlich die Kumpels intensiv daran? Nein! Kein Prolet ist wirklich bei der so überaus wichtigen Sache vollständig beteiligt. Das liegt daran, daß wir Mitglieder nicht das sind, was wir sein sollen! Nicht hochbetriener sind!

Hier müssen, an diesem Punkte in erster Linie, die Arbeiten der Funktionäre entstehen. Nicht nur in Bildungszirkeln oder Kursen, die sind auch von großer Wichtigkeit, sondern schon in jedem einzelnen Bezirksabend, in dem wir uns bemühen müssen, gemeinschaftlich die Beschlüsse unserer Partei zu studieren und verstehen zu lernen. So verstehen, daß wir sie zur praktischen Arbeit im Betrieb gebrauchen können.  
Wir dürfen kein sozialdemokratischer „Wahlbereiter“ sein! Sondern jedes Mitglied eine Funktionär, jeder ein Propagandist!

**Anmerkung der Redaktion.**  
Die Genossin E. S. hat zweifellos recht, wenn sie sich für politische Schulung der Genossen einsetzt. Die Behauptung, daß die Genossen aus den Betrieben sich nicht an der augenblicklichen Parteidiskussion beteiligen, ist übertrieben. Es haben sich an den Debatten über den Ekzibit in den Zellen und Ortsgruppen eine ganze Anzahl Arbeiter beteiligt. Freilich ist die Zahl der Genossen, die bei diesen Debatten abseits stehen, immer noch zu groß. Vor allen Dingen sollen die Genossen auch in der Presse zum Ekzibit Stellung nehmen.

### Achtung Radiofreunde

Die Freie Radiogemeinschaft schreibt uns:  
Die schönen Tage des Sommers sind vorbei. Die langen Winterabende stehen bevor, das Interesse am Hören wird von

## Der Werbeplan

Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. Oktober:  
An diesen Tagen finden in allen Ortsgruppen des Bezirks und in der Stadt Breslau Mitgliederversammlungen statt. Thema: Die Werbewoche.  
Sonntag, den 3. Oktober:  
Bis spätestens Sonnabend früh müssen die Zahlen der benötigten Sondernummern an den Verlag mitgeteilt sein. Sie werden Sonnabend mittags in der üblichen Weise versandt. (Für Breslau von den Funktionären der Bezirke abgeholt.) Bei entfernteren Ortsgruppen die sich melden müssen, erfolgt der Versand früher.  
Sonnabend abend findet die Verteilung, systematische Verbreitung, der gelieferten Werbeflugblätter statt.  
Sonntag, den 4. Oktober:  
Früh 8 Uhr, Treffen der Genossen in dem Parteilokal. Dort genaue Anweisung über die zu bearbeitenden Straßen. Nach Schluß der Werbung Rückkehr der Genossen in die Parteilokale, Abgabe der Bestellscheine und Bericht. — Die Bestellscheine sind in Breslau bis 9 Uhr abends per Kurier und von „auswärts“ sofort per Eilbrief einzulösen.  
Von Montag, den 5. bis Sonntag, den 11. Oktober:  
Über den Groß-Werbetag für die Betriebe (Donnerstag) und den zweiten Groß-Werbetag (Sonntag, den 11. Oktober) wird noch Näheres veröffentlicht.

## Wersollwerben?

Selbstverständlich in erster Linie die Kommunisten und Kommunistinnen. Von ihnen darf keiner fehlen. Daneben

Tag zu Tag größer und der Rundfunk ist schließlich das einzige billige Mittel, welches der werftätigen Bevölkerung für einige Stunden in der Woche Unterhaltung bietet.

Wenn wir hier von einer Unterhaltung sprechen, so denken wir nicht an jenen Teil der Unterhaltung des Breslauer Senders, von dem wir in keiner Weise befriedigt sind, und oft Anlaß haben den Kopfhörer abzulegen, sondern an den Teil, der unseren Wünschen und Empfindungen entspricht.

Wir sind genau derselben Auffassung, wie Herr Staatssekretär von Bredow, daß diese Einrichtung, der Rundfunk, eine Kulturstätte für das gesamte deutsche Volk sein sollte. Leider aber hatte man bis jetzt in dieser Beziehung herzlich wenig auf die Psyche der werftätigen Bevölkerung Rücksicht genommen und letzteres wird wohl darauf zurückzuführen sein, daß eben die breite Masse der werftätigen Bevölkerung sich zu wenig um die Ausgestaltung des Programms gekümmert hat. Es wird von keiner Seite bestritten, daß der überwiegende Teil der Rundfunkhörer in den Reihen der werftätigen Bevölkerung zu suchen ist; aber leider dieser Teil, hat bis jetzt nur die Rundfunkgebühren bezahlt, oft enttäuscht und erbittert die Kopfhörer bei Seite gelegt, aber auch andererseits nichts unternommen, um hier eine Abhilfe zu schaffen. Der Leitung der Schlesischen Rundfunkstelle kann man eigentlich keinen direkten Vorwurf machen, denn erstens sind die Leiter der Rundfunkstelle kaum aus einer der proletarischen Schichten hervorgegangen, haben auch kaum jemals mit der Masse der werftätigen Bevölkerung irgendeine Fühlung gehabt, daher ihre rein bürgerliche Einstellung und zweitens, haben es die anderen Kreise verstanden, ihren Einfluss auf die Ausgestaltung des Sendeprogramms geltend zu machen. Es soll nicht unsere Absicht sein, an der bestehenden Einrichtung „nur Kritik zu üben“, das bisher Gebotene zu tadeln oder herunterzureißen, oder gar der bürgerlichen Seite das Recht der Beeinflussung streitig zu machen, sondern wir halten uns an die Worte des Herrn Staatssekretärs von Bredow und wünschen, daß die Rundfunkstelle dem gesamten deutschen Volk dienlich, daß sie zu einer Kulturstätte wird wie wir sie uns vorstellen.

Um das zu erreichen, d. h. um das Programm des Breslauer Senders so zu gestalten, daß auch die breite Masse der werftätigen Bevölkerung befriedigt wird, ist es unbedingt notwendig, daß die proletarischen Rundfunkhörer sich der bereits bestehenden Organisation der

„Freie Radio-Vereinigung in Schlesien“ anschließen. Die Freie Radio-Vereinigung hat sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur allein auf die Ausgestaltung des Sendeprogramms einzuwirken, sondern auch weit mehr, sie ist bestrebt, durch Abhaltung von Vortrags- und Bestellsabenden die Mitglieder in die Radiotechnik einzuführen, mit einwandfreien und billigen Material zu beliefern, und soweit Mittel zur Verfügung stehen, den schwerverletzten Kriegsbeschädigten, den Blinden und Schwerhörigen die Möglichkeit zu geben, kostenlos an der Erziehung der Radiotechnik teilzunehmen.

Anmeldungen werden entgegengenommen während der Dienststunden im Büro des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Breslau, Margaretenstraße 17, sowie an jedem Sonntag während des Unterrichts im Gewerkschaftshaus.

Alle schriftlichen Mitteilungen sind zu richten an:  
Freie Radio-Vereinigung in Schlesien, Breslau 1, Margaretenstr. 17, Zimmer 82.

## Zur Mordtate Rosen

Am Sonnabend ist nunmehr einer der Inhaftierten in Sachen Rosen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Es ist dies der Schwiegerjohn der Hausdame Neumann, der Architekt Standte. Des weiteren ist zu der Mordtate noch zu berichten, daß voraussichtlich die Belohnung zur Mit-

wirkung an der Ergreifung der Täter erhöht werden wird. Dem Untersuchungsrichter und der Kriminalpolizei gehen sowohl aus Breslau als auch aus anderen Orten fortgesetzt Zuschriften zu, die Angaben in der Mordtate machen. Da jedoch die meisten Anonymen sind, haben sie für die Ermittlungsbehörden wenig Wert. Die mit dem Morde in Verbindung gebrachten Arbeiter Erich Kaminger, Paul Handke und Alois Fleischer sind inzwischen vom Untersuchungsrichter vernommen worden, wo sie jedoch irgendwelche Beziehungen zu dem Morde bestritten. Dagegen bleibt der Arbeiter Maschil, der das Gespräch der drei bei der Gemeinschaftsarbeit beaufsichtigt hatte, bei seinen Angaben bestehen. Maschil ist vor einigen Jahren vom Breslauer Schwurgericht wegen schweren Raubes in Miltzowitz zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er war nur vorübergehend im Breslauer Untersuchungsgefängnis untergebracht worden. Ob seinen Angaben Glauben zu schenken ist, bleibt abzuwarten.

Vielfach wird auch im Publikum die Frage erörtert, ob die Villa des ermordeten Professors bereits jetzt zum Verkauf steht. Dazu ist zu bemerken, daß die Verkaufsangelegenheit in den Händen des Nachlasspflegers liegt, der sie jedenfalls erst nach Klärung der Mordangelegenheit regeln wird.

## Das Paradies der Obdachlosen

Ein Arbeiter schreibt uns: Als ich am 11. September mit meiner Familie vom Gerichtsoffizier Schulz auf die Straße gesetzt wurde, mußte ich das Ziel für Obdachlose aufsuchen, um ein Unterkommen zu finden. Ich fand dort, man kann ruhig sagen, trostlose Zustände. Ich kam in ein Zimmer, das war mit 14 Personen belegt. Ich war also der Fünftante. Darin zählte ich acht Britschen mit acht Strohhäfen und der gleichen Zahl Deden. Die Vorstellung, Deden für alle Personen zu erhalten, war fruchtlos. Dafür bekam ich aber zur Antwort, bringen Sie sich doch Deden mit. Ich kann nur sagen, wer als Wohnungsloser dorthin kommt, für den ist alles Hoffen umsonst. Darin gibt es nicht einmal Kleiderhaken, damit die Sachen aufgehoben werden können. Diefelben finden nur Platz auf einer Bank. Die Tür wird die ganze Nacht über verschlossen, ebenso die Fenster. Wir fragen den Magistrat, ob demselben die Zustände bekannt sind und was er denkt, dagegen zu tun. Diese Zustände sind um so trostloser, als die meisten Obdachlosen mit Familie dort schlafen müssen. Wir Steuerzahlende Bürger Breslaus verlangen, daß für uns Wohnungen geschafft werden. Hat der Magistrat Geld dafür, Darlehen zum Bau einer Turnhalle zu bewilligen, so muß auch Geld da sein zum Wohnungsbau. Es ist traurig, daß in der Zeit der Wohnungsnot die Stadtväter für das soziale Elend kein Verständnis haben. Es müssen doch Gelder da sein, damit der Magistrat Wohnungen bauen kann. Hausmietensteuern! Wo bleiben die Gelder davon und warum wird dieses Geld nicht zu dem verwendet, wofür es bestimmt ist?

## Roter Tag in Schweidnitz

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Sonntag fand in Schweidnitz ein Roter Tag statt. Schon am Sonnabend trafen die ersten Abordnungen von auswärtigen Ortsgruppen des Roten Frontkämpferbundes ein, denen am Sonntagmorgen die übrigen folgten. Gegen 11 Uhr setzte sich der imposante Zug nach dem Quartier in Bewegung, wo Genosse Hirsch die Gäste begrüßte. Vom Quartier aus ging es nach dem Sportplatz und von dort aus neu formiert durch die Stadt, unter den revolutionären Klängen der Kapelle des Breslauer Frontkämpferbundes.

Am Rathaus hielt alsdann Landtagsabgeordneter Genosse Schulz eine wichtige Ansprache, der den Unterschied zwischen 1914 und heute zeigte. Damals in Schweidnitz Auszug von jungen Menschen in Uniform, ausgeliefert von der sozialdemokratischen Führerschaft als Kanonensplitter an die kapitalistischen Gauner, heute eine andere Truppe, zum Schutz der Werftätigen. Mit einem kräftigen „Rot Front“ schloß er seine Rede.

Tausende Schweidnitzer säumten während der Rede den Rathausplatz. Im Quartier begrüßte Genosse Krause im Auftrag der Bezirksleitung der RFD, Schlesien die Roten Frontkämpfer und die Parteigenossen. Stürmischen Beifall erntete er für seine Ausführungen, die darin gipfelten, daß der RFD berufen ist, unseren roten Arbeiterstaat Rußland gegen die imperialistischen Räuber zu schützen.

Die lebhafteste Teilnahme der Schweidnitzer werftätigen Bevölkerung beweist, daß auch die dortige Arbeiterklasse die Bedeutung des RFD für das Proletariat erkannt hat.

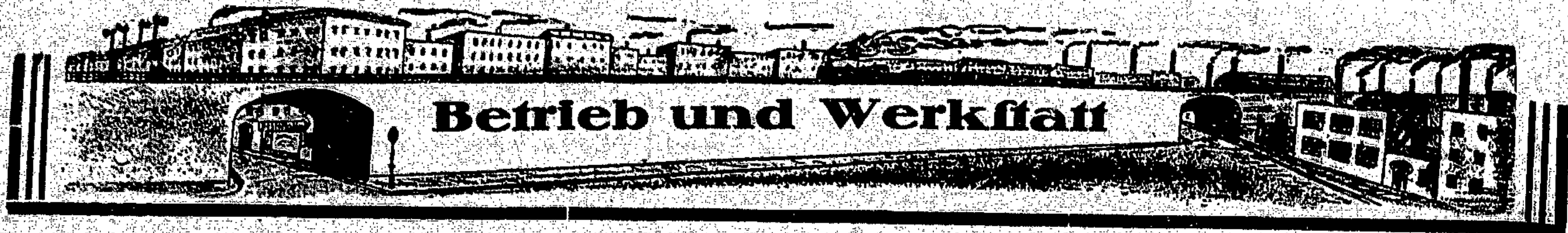
Nun gilt es für unsere Schweidnitzer Parteigenossen und die RFD-Kameraden die am Sonntag gewonnene Position weiter auszubauen und dafür zu sorgen, daß weiter Brechen in die Hochburg des Faschismus gelegt werden.

## RFD, Breslau

Gesamter RFD heute abend 6 1/2 Uhr auf dem Neumarkt. Spielzeuge erscheinen vollständig. Folien, Transparente mitbringen. Abmarsch 7 Uhr. Alle anderen Veranstaltungen fallen aus.  
Die Ortsleitung.

Mittwoch, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, Betriebsrat  
Stube 50: Sitzung der Roten, Des-Quartier und Sekretär.





# Betrieb und Werkstatt

## Wie zerstöre ich am besten eine Betriebszelle?

Viele Parteigenossen sagen: „Wir haben die Zelle schon so oft aufgekauft, aber sie ist immer wieder zerfallen.“

Hier soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wie man am besten eine Betriebszelle zerstört und wie man es nicht machen soll.

Auf einer Zelle des Ruhrgebietes — den Namen lasse ich weg — ist die Zelle aufgekauft. Sie ist 30 Mann stark und arbeitet gut. Das macht der Werksleitung viele Kopfschmerzen und sie sucht nach Mitteln, wie sie die bösen Zellenbauer los wird. Da kommen ihr die Genossen selbst zu Hilfe. Sie besetzen eine nächste Zellenführung durch die Zeitung ein. Die Werksleitung flucht aber auch die kommunistische Zeitung und erfährt dadurch das Saugungslosal der Betriebszelle.

Der Frage der Zellenführung schickt sie nun ihre Spindel vor das Lokal, diese merken sich alle Arbeiter, die in der Zeit das Lokal besuchen und melden sie der Betriebsleitung. Am nächsten Kundentage werden wegen Arbeitsmangels 40 Arbeiter gefündigt, dabei „zufällig“ der größte Teil unserer Genossen. Bei der nächsten Zellenführung wird dasselbe wiederholt; der Rest flieht auf die Straße. Die Betriebszelle ist zerstört.

### Ein Beispiel aus einer anderen Zelle:

In diesem Falle sind die Genossen „schlau“. Sie besetzen die Zellenführung nicht durch die Zeitung ein, sondern machen bei der Aufsicht in der Waschküche folgenden Anschlag:

„Sonntag, den 2. August, morgens 10 Uhr, Zellenführung an bekannter Stelle. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.“  
Die Zellenführung.

Also, sie haben es ganz schlau gemacht; noch nicht einmal das Lokal ist angegeben, erst ist sie ganz klar.

Die Zellenführung hat aber ihre Subjekte, die zum größten Teil den Genossen nicht bekannt sind. Eines dieser Subjekte wartet nun vor dem Lokal, bis der auf der Zelle als Kommunist bekannte Genosse B. herauskommt. In diesen tritt nun das Subjekt heran. „Hör mal August, wo ist morgen die Zellenführung, ich möchte auch hingehen.“ Der Genosse B. in gutem Glauben, einen christlichen Freund vor sich zu haben, nennt ihm das Lokal. Das weitere geschieht dann genau so, wie im ersten Fall.

Ja, werden die Genossen nun sagen: Wie sollen wir aber unsere Zellenführungen einberufen? Hierzu ist zu sagen, daß in einer Zeit, wo die Kommunisten unter einer starken Verfolgung durch das Unternehmertum stehen und bei nur geringster Tätigkeit im Betrieb Gefahr laufen, auf die Straße geschickt zu werden, keine Arbeit zu viel und zu schwer sein darf. Es darf ihnen darum auch nicht schwer fallen, eine Zellenführung dadurch einzuberufen, daß ein oder zwei Genossen von Wohnung zu Wohnung der Genossen gehen und durch mündliches Befehlslagen die Zellenführung einberufen. Bei uns wird das so gemacht!

Kennt man sich dann erst, so kann man in vielen Fällen auch auf der Zelle ohne Anschlag sich jederzeit untereinander mitteilen, wo und wann die Zellenführung stattfinden wird.

Wir entnehmen diesen Artikel der letzten Nummer des „Partisanen“, der eine Fülle von Anregungen für die Arbeiter in den Betriebszellen und Werkstätten bringt.

## Sie wollen die Wahrheit nicht hören!

Zu der Vorgängerin auf „Sagered“ in Ostsch.

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Nämlich die Herren „Folksbegleiter“ auf dem Alt-Eisenplan am Stadtwald. Als der Artikel „Eine neue Bude“ in Nr. 212 unseres Blattes erschien und den „Herren“ zu Ohren kam, da war es vorbei mit ihrer sonstigen Ruhe, sie wurden nervös. Wer konnte es wagen, die Dummheit so wahrheitsgetreu von den Vorgängen auf dem „Sagered“ zu berichten. Der Antrage des christlichen Wandervers. K. wurde sogar ein „Ehrentitel“ ausgeteilt, um aus der Mienen der Protesten zu sehen, ob sie als „Herr Meier“ vor ihrem stämmigen Schalken die Berliner La hätte gute Bemerkung für Sie bei Verfolgung von Kommunisten. Zu den vorerwähnten Fällen ist von Seiten des Herrn Hauptmann noch nichts unterkommen worden; er bittet somit die Handlungswörter einer Sakaten, die Protesten auszumitteln und mit Schlägen zu drohen.

Zu voriger Woche wiederum ein neuer Fall der Borarbeiter Jordan, der beschäftigte „Schmiedling“ aus Hradenburg, beurlaubte einige Kollegen mit „verlängerte Pause“; ein Kollege verlor für eine halbe Besetzung, worauf er diesem mit Ohrfeigen drohte und als der Kollege beim Herrn Mes. Beschwerde führen wollte, ließ ihn der Obermeister Heidrich nicht vor. Dieser Herr scheint es für ganz in der Ordnung zu halten, daß Arbeiter von solchen Faulenzern geschlagen werden.

Arbeitszellen, aber endlich Solidarität! Wenn es der Chef nicht für nötig hält, diesen ungescholtenen Parpa Jordan eines Belegens zu belegen, dann greift gemeinsam zur Selbsthilfe und zeigt diesen Spindelherren, was es heißt, christliche Arbeiter zu tyrannisieren. Dem „Schmiedling“ empfehle ich, sich um die Stelle eines Schweißers zu bemühen, er ist dann im Kreise seiner Lieben und hat immer Gelegenheit, seinen Gefährten freien Lauf zu lassen.

Das Trinken von Spirituosen ist während der Arbeitszeit am Sagered, bei störender Entladung verboten. Ein derartiges Verbot hängt am Eingange des Manufakturstraßens zum Behütung von Anfallern ist dieses sehr richtig, aber nicht richtig ist es, daß es den Herren Meier und Borarbeiter gehalter ist dieses Verbot zu missen. Wenn des Meiers kann man beobachten, wie diese „Herren“ mit treibenden Geschritten und schreitenden Schritten auf dem Platz umherwandeln, ja, sie machen von manchmal 2-3 Hand geschickt werden.

Gahe des Herrn Mes. als Leiter des Betriebes, ist es den jetzigen Jahren ein Regel vorzuschreiben, ausserfalls die Dummheit noch weiteres von diesem „Paradies“ der Arbeiter hören wird.

Einige Kollegen sei nochmals gesagt, organisiert Euch in den neuen Gewerkschaften und treibt es in die kommunistische Partei, dann werden die jetzigen Verhältnisse auf dem Sagered bald aufhören.

## 10 Stunden Arbeit und keinen Lohn

### Von des Fallenderger Wasserwerkes

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Die Stadt Fallenderg ist am Wasserwerk neue Anlagen machen. Der Bau hat die Firma Richard Beer übernommen. Der Herr Ingenieur Beer hat seine Leute mitgebracht, so daß nur einige Fallenderger Genossen beschäftigt werden. Nun hat Herr Beer schon 11 000 Mark von der Stadt

bekommen. Die Leute sollen laut Vereinbarung alle Wochen ihren Lohn bekommen, sie erhalten ihn aber niemals voll ausgezahlt. Wenn die Woche herum ist, hat der Herr Ingenieur kein Geld und die Leute müssen oft die ganze Woche Kohlbampf schlucken. Die fremden Arbeiter sind genötigt, im Gefängnis zu schlafen. Beer hat den Arbeitern auch Wasser-geld versprochen, zahlte es aber nicht aus. Sabel ist die Arbeit außerordentlich schwer und gesundheitschädlich, denn die Arbeiter müssen die ganze Woche im Wasser stehen.

Was sagt der Magistrat zu diesen Zuständen?

## Warum die Großagrarien keine Arbeiter bekommen?

(Von einem Landarbeiter im Kreise Oshau.)  
Die Großagrarien im Kreise Oshau sind noch sehr weit im Rückstand, obwohl es hier sehr viele vom Lande stammende erwerbsfähige Arbeiter gibt, die sich gern ein paar Mark verdienen würden.

Die Löhne sind aber so hundertmal so gering, daß nicht einmal die Arbeiterfrauen damit auskommen können. Augenblicklich werden Arbeiterinnen zum Kartoffelladen gesucht. Sie erhalten weder Kost, noch Lohn, sondern pro Arbeitstag einen Zentner Kartoffeln. Dafür müssen sie von früh 5 Uhr bis abends arbeiten, müssen ihre Kinder in Pflege geben und den ganzen Tag von Brot und Margarine leben. Auf einigen Gütern verlangen die Frauen 50 Pfg. Zulage, sie erhalten aber nur 10 Pfg. Bei diesen Zuständen ist es kein Wunder, daß die großagrarischen Ausdeuter keine Leute bekommen und immer neue Zufuhr von galizischen Landarbeitern verlangen.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen, schließt euch zusammen, um menschenwürdige Löhne zu erkämpfen.

## Ordnungsfall

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)

Zu Ende berunglückte am Dienstag, den 22. September, auf dem Grubine-Stollen Weidling, der Lehrling Nowak. Er geriet in die Schrämlänge und wurde von dieser am Kumpel zerissen, so daß die Eingeweide blöhlagen.

Eine deutliche Sprache reden diese Unfälle. Es ist kein Zufall, daß sich die Unfälle in erschreckendem Maße häufen. Kumpels, denkt über euer Los nach und handelt danach!

## Eine harte Nuß für die SPD.

Ein Waldenburger Arbeiter schreibt uns:

Eine harte Nuß sind für die Sozialdemokraten die Rußland-delegationen. Mit allen Mitteln versuchen sie, entweder die einzelnen Delegierten oder die gesamte Delegation in ein schlechtes Licht zu stellen. Die „Bergwacht“, die bekanntlich nur von der Rußlanddelegation lebt, schreibt in ihrer Nummer vom 14. September einen wunderbaren Artikel über die Delegation. Ein angeblicher Bericht der Leitungsleiter Kolos muß diesmal den Stoff liefern. Darin wird gesagt, daß die kommunistische Partei nichts auf eine Karte setzte und sich die Delegation eine Stange Geld kosten ließ. Deshalb muß die Delegation in großem Maße agitatorisch ausgeübt werden. Wenn das nicht gelingt, so sei die kommunistische Partei auf Jahr hinaus erledigt.

Dieser Wunsch der Reformisten hört man sehr oft. Es wird aber bei dem Wunsch bleiben müssen.

Ich hatte Gelegenheit, mit vier Delegierten, darunter den Sozialdemokraten Freiburger, zu sprechen. Siehe vier Männer hatten nur eine Meinung. Ziele lautet folgendermaßen:

Wir werden alles versuchen, um das Lagerschwebe, welches um Sowjetrußland gesponnen ist, zu zerreißen.

Alle vier betonten ausdrücklich, daß bei der gesamten Delegation keine andere Meinung vorhanden ist.

Wenn nun in der „Bergwacht“ gesagt wird, daß die Berichte der Rußlanddelegation erst von der kommunistischen Partei fastgemaß ausgearbeitet werden, so weiß jeder denkende Arbeiter, daß das eine Lüge ist, mit der die Reformisten reiten wollen, was noch zu retten ist.

Die Delegierten werden in der nächsten Zeit einen schriftlichen Bericht herausgeben, um alle über Sowjetrußland verbreiteten Lügen und Verleumdungen zu zerstreuen. Auch werden die Delegierten in allen Städten zu den Arbeitern sprechen und mündlichen Bericht über ihre Reise erstatten. Für Waldenburg ist ebenfalls eine Versammlung vorgesehen.

Die deutsche Arbeiterkassette muß unterrichtet werden, wie unsere russischen Brüder gekämpft und gesiegt haben. Die Vorbereitung der Wahrheit über Sowjetrußland ist die Voraussetzung zur Schaffung der dringend erforderlichen Gewerkschaftseinheit im internationalen Maßstab. Schon aus nächsten Grubenjuristen muß sich das deutsche Volk, und vor allen Dingen die Arbeiterklasse, nicht nach Westen, sondern nach Osten orientieren.

## Der Kampf der Braunkohlenarbeiter

In der Rheinischer Braunkohlenindustrie wurde am 24. September folgender Tarifvertrag geschlossen:

1. Die Löhne für die dem Arbeitgeberverband angeschlossene Betriebe werden ab 1. Oktober um 8 v. H. erhöht mit Ausnahme auf 0,5 Prozent nach oben.

2. Die Regelung gilt als verbindlich bis zum 1. März 1926, von da an tritt monatlich Kündigung ein. Die Erklärungskraft läuft bis zum 28. September.

Es gehört wirklich ein hartes Eisen Unverfrorenheit dazu, den Braunkohlenarbeitern einen derartigen Tarifvertrag anzubieten. Es gibt wohl kaum eine Industriebranche in Deutschland, die bei einer solch guten eigenen Konjunktur der Arbeiterklasse solche Hybris zeigt, wie die rheinische Braunkohlenindustrie. Die Raddergasse A-S. konnte nach ihrem Bericht über das Wirtschaftsjahr 1924/25 einen Ueberschuß von 3 228 308 Mark erzielen, der mit Ausnahme der lächerlichen Summe von 138 000 Mark, für den sogenannten Wohlhabtensfonds und der Altersrenten, die aber auch wieder einzig im Interesse der Aktionäre liegt, restlos an die Aktionäre und den Aufsichtsrat verteilt wurde.

Der Gewinn der Rheinischer Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Zementfabrikation (es ist hier nur von den beiden größten Gewinnen die Rede) für das gleiche Wirtschaftsjahr betrug sogar 10 051 557 Mark. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt der Teil des Betriebkapitals, der nach den eigenen Angaben der A-S. in Aktien der Halpauer Bergbau A-S. angelegt ist und der sich jeder Schätzung entzieht. Sollen Aktionäre an die Aktionäre gegenüber auch die im Tarifvertrag vorgesehene „Erhöhung“ von 8 v. H. und 0,5 Prozent mit ein Schlag in das Gesicht der Braunkohlenkumpels wirken.

Grubenkatone in allen Teilen Deutschlands die Hungerlöhne ausrechterhalten wollen. Entweder lehnen sie jede Lohnerböschung unter Berufung auf den „notleidenden Bergbau“ überhaupt ab oder sie gewähren nach langen Verhandlungen „Lohnerböschung“, die längst durch die Feuerung überholt sind. Die Welt ist abzuschießen und die Hungerlöhne zu stabilisieren.

Die Braunkohlenarbeiter im Rheinland werden sich diesem Schicksal nicht fügen. Sie werden von den englischen Arbeitern lernen und in Gemeinschaft mit den Braunkohlenarbeitern in Mitteldeutschland und Sennenberg (O.S.) für eine wirkliche Lohnerböschung kämpfen.

Würde der Bergarbeiterverband für alle Redere der Braunkohlenarbeiter gemeinsame Lohnforderungen aufgestellt haben, so würden die Schlichter es nicht wagen können, den Kumpels derartige unerschämte Bedingungen zuzumuten.

Auch dem letzten Bergarbeiter muß jetzt die Erkenntnis dämmern, daß die Forderungen des Bergarbeiterverbandes falsch ist und die Kritik der kommunistischen Opposition unterstützt werden muß.

Die Aenderung dieser die Unternehmer zu immer größerer Frechheit ermunternden Politik des Bergarbeiterverbandes ist zu einer Lebensfrage für alle deutschen Bergarbeiter geworden.

## Gewerkschaft

### Kampfbereitstellung der Dames-Eisenbahn

Mit den härtesten und gemeinsten Mitteln nimmt jetzt die Reichseisenbahnerverwaltung den Kampf gegen die wohlberichtigten Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter auf. Es genügt nicht, dieselben brüst abzuweisen, sie lehnte es sogar ab, den von den Arbeitern nicht angenommenen, für die Reichseisenbahnerverwaltung aber nach der bürgerlichen Presse durchaus günstigen Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Sie wollen damit scheinbar dokumentieren, daß sie auch nicht das letzte Bestehen für die furchtbare Vorklage ihrer Arbeiter hat. Die Reichseisenbahn, die für ihre Direktoren allein 50 Millionen jährlicher Korruptionsprämien auswirft, ist also selbst gegen die minimalsten Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiter eingestellt.

Nun kommt es aber noch schöner. Nicht genug, daß die Arbeiter weiter hungern sollen, daß für sie kein Geld da ist, Aus Weimar kommt eine Meldung, die besagt, daß seit einigen Wochen bereits auf verschiedenen Stationen um Weimar herum Streikbrecherorden von der Eisenbahnerverwaltung ausgebildet werden. Es handelt sich dabei meist um Studenten und junge Kaufleute, die eine vierzehntägige Ausbildung erfahren, danach wieder entlassen werden und durch neue, jedenfalls von der Zeno vermittelte Leute ersetzt werden.

Dieses Streikbrechergeheißel wird nicht nur im Fabrikwesen, sondern in allen Zweigen der Tätigkeit bei der Reichsbahn ausgebildet. Den Beamten wurde neuerdings in kategorischer Form mitgeteilt, daß ihnen auch bei der Damesbahn kein Streikrecht aufsteht. Die Reichseisenbahnerverwaltung scheint von einer großen Unsicherheit durchdrungen zu sein. Sie scheint zu ahnen, daß sowohl die Arbeiter als auch die Beamten keine Lust verspüren, sich noch länger mit solchen Hungerlöhnen abzufinden zu lassen, und so versucht sie daher, die allertraulichsten Maßnahmen gegen einen Kampf der Eisenbahner zu ergreifen. Die Erregung der Eisenbahner hat bereits schärfste Formen angenommen. In Stuttgart, Oberfeld, Essen, Berlin, verlangen die Arbeiter den sofortigen Streik. In ganz Sachsen verüben die Eisenbahner, wie wir bereits meldeten, passive Resistenz.

Was gedenken in diesem Augenblick die Eisenbahnerverbände zu tun? Die Bewegung muß unbedingt zusammengefaßt werden, es muß überall dem Beispiele der Streikbrecher Arbeiter gefolgt werden, die es ablehnten, in beständiger Lohnverhandlungen zu treten (man hatte ihnen pro Woche 120 Mk. Zulage versprochen), sondern Kampfmaßnahmen im Reichsmaßstab verlangen. Wenn die Reichseisenbahnerverwaltung Gelder ausbringen kann, um Streikbrecher auszubilden und ihre Direktoren durch hohe Geldzulagen zu korumpieren, so müssen auf jeden Fall für die hungernden Arbeiter auch Gelder vorhanden sein.

Die Erklärung der Eisenbahnerverbände, zum 1. Oktober neue Forderungen der Arbeiter, wenn bis dahin die „Preislenkungaktion“ der Zureicherregierung sich nicht ausgemittelt habe, sind keine Kampfmaßnahmen, sie sind im Gegenteil geradezu eine Billigung des Preisabbauschwunders der Zureicherregierung, über den sich heute bereits bürgerliche Schlichter lustig machen.

Wenn die Eisenbahner heute nicht schon den Kampf vorbereiten und gegen die Maßnahmen der Regierung vorstoßen, wird es ihnen nicht gelingen, ihre Notlage auch nur einigermaßen zu heben. In allen Ortsgruppen des Eisenbahnerverbandes müssen sie zu diesen Fragen gründlich Stellung nehmen und von ihren Führern die sofortige Aufnahme des allerhöchsten Kampfes um die restlose Durchführung ihrer Forderungen zu verlangen. Sie haben mit der Waffe des Streikes ein Mittel in der Hand, vor dem nur die Dames-Eisenbahnerverwaltung, nein die gesamte deutsche Industrie, zittert.

## Stündigungsfrist bei Hausangestellten

Ueber die Kündigungsfristen bei Hausangestellten bestehen allgemein große Unklarheiten. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß eine Kündigungsfrist überhaupt nicht eingehalten ist, daß man jederzeit, spätestens aber 14 Tage nach dem Kündigungstag den Dienst verlassen oder Hausangestellte entlassen darf.

Die Ansicht beruht jedoch auf einem Irrtum. Die Dienstordnung ist allerdings aufgehoben und ein Gesetz ist bisher nicht geschlossen. Aber das BGB. ist maßgebend und vorläufig an die Stelle der Dienstordnung getreten. Danach ist eine fristlose Kündigung oder fristlose Entlassung nur gestattet, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen. Die Kündigungsfrist richtet sich für gewöhnlich nach dem Zeitpunkt der Vergütung. Ist die Vergütung nach dem Tag bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig. Ist die Vergütung nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig. Sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß des Kalendermonats zulässig. Sie muß in diesen Fällen spätestens am 15. d. M. erfolgen (§ 621 Abs. 3 BGB.). Der Dienstvertrag endet mit Ablauf des letzten Tages desselben Monats.

Es ist daher nicht möglich, wie vielfach angenommen wird, den Dienst am 1. d. M. zum 15. desselben Monats zu kündigen. Die Kündigung kann, soweit es sich um Hausangestellte mit Monatslohn handelt, nur zum letzten des Monats erfolgen, kann aber zwischen dem 1. und 15. jedes Monats ausgesprochen werden. Ein Dienstverhältnis kann ohne Kündigungsfrist nur dann aufgehoben werden, wenn wichtige Gründe dazu vorliegen.